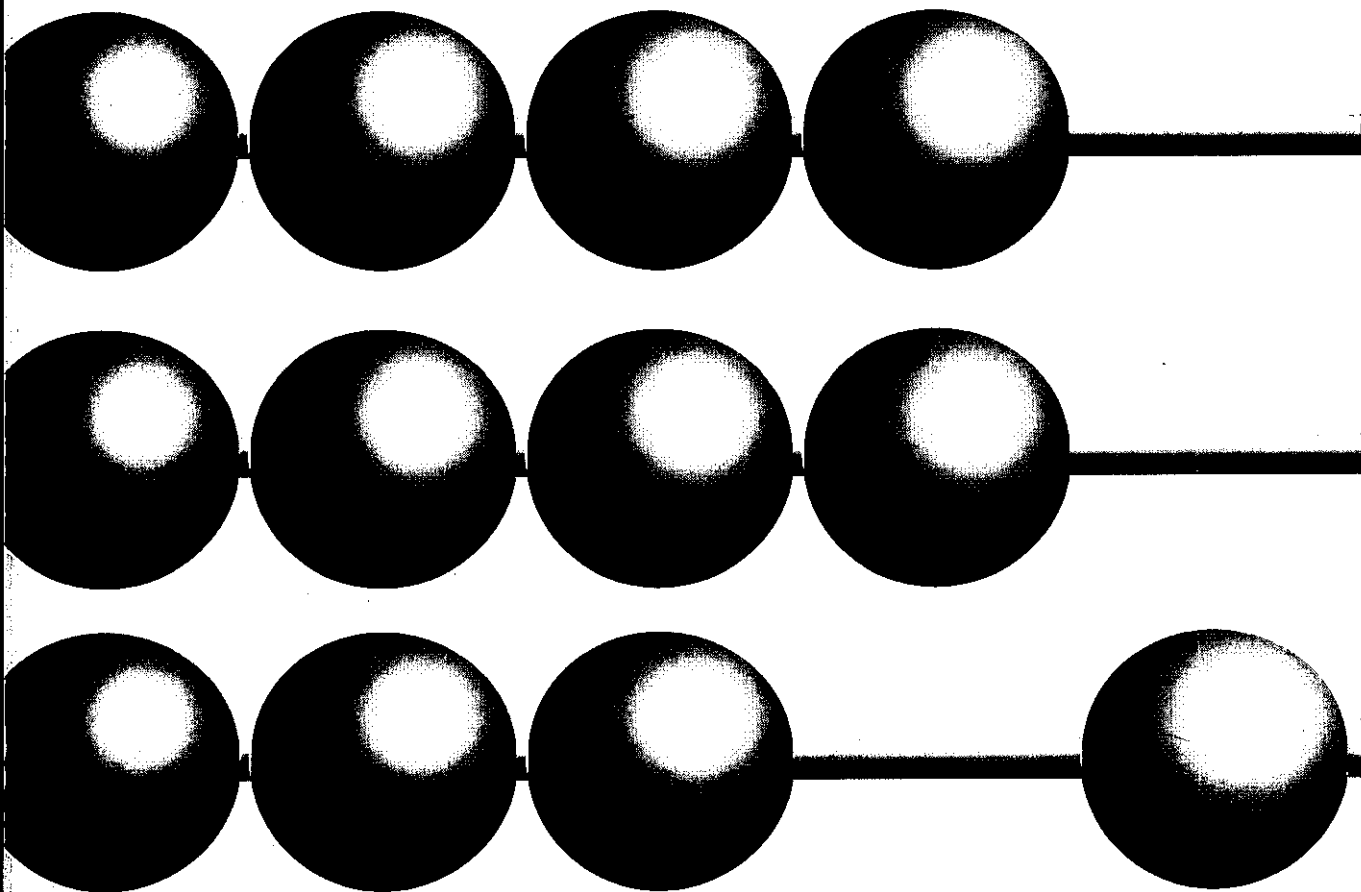


Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

45. Jahrgang, Heft 1  
Januar 1993

Umweltökonomische Gesamtrechnung  
Sozialhilfe  
Fremdenverkehr

Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



**Statistische Monatshefte  
Schleswig-Holstein**

## ***Impressum***

Herausgeber:

Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein

Fröbelstraße 15-17

Postfach 1141

2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0

Telefax (0431) 6895 498

Btx \* 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck

App. 286

Vertrieb:

App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei  
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--

Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,  
auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe  
gestattet.

# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

45. Jahrgang

Heft 1

Januar 1993

## INHALT

<b>Kurz gefaßt</b>	2
<b>Aufsatz</b>	
Ausgaben des Staates für den Umweltschutz	3
<b>Kurzbeitrag</b>	
1991 weniger Sozialhilfe	13
<b>Grafiken</b>	
Thematische Karten zum Fremdenverkehr	14
<b>Entwicklung im Bild</b>	22
<b>Aus unserem Archiv</b>	24
<hr/>	
<b>Beilage</b>	
Zahlenbeilage	
Inhaltsverzeichnis 1991	

### **Erneut starker Anstieg bei Einbürgerungen**

1991 erwarben in Schleswig-Holstein 2 214 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung. Wiederum nahm diese Zahl gegenüber dem Vorjahr zu, und zwar um 817 (58 %). 69 % der Einbürgerungen erfolgten aufgrund eines Anspruchs des Antragstellers, 31 % waren Ermessenseinbürgerungen. Die Zahl der Anspruchseinbürgerungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 743 (96 %), die der Ermessenseinbürgerungen um 74 (12 %) zu.

1 104 der neuen deutschen Staatsbürger sind Frauen, 1 110 Männer. 494 Personen waren unter 15 Jahre alt, 1 666 von 15 bis unter 65 Jahre, und 54 waren 65 Jahre und älter.

82 % der Einbürgerungen erfolgten aus einer europäischen Staatsbürgerschaft heraus: Darunter waren 1 192 Personen mit polnischer, 310 mit sowjetischer, 98 mit türkischer, 60 mit rumänischer und 34 mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit. Die Einbürgerungen aus einer asiatischen Staatsangehörigkeit stiegen von 130 im Jahr 1990 auf 196 an. Außerdem wurden 80 Afrikaner, 28 Amerikaner und 77 Staatenlose in Schleswig-Holstein zu deutschen Staatsbürgern.

### **Gute Kohlernte**

Im Gemüseanbau sind 1992 die wegen der Trockenperiode erwarteten Ertragseinbußen ausgeblieben. Nach den Feststellungen der amtlichen Ernteberichterstattung des Statistischen Landesamtes wurde im Land zwischen den Meeren mehr Gemüse angebaut und geerntet als in den Jahren davor. Dabei erbrachten die Kohlarten zusammen um 26 % größere Erntemengen als 1991.

Auf einer vergrößerten Anbaufläche, die knapp 3 000 ha betrug, wurden bei höheren Hektarerträgen gut 222 000 t Weißkohl und 64 000 t Rotkohl geerntet.

Auch die Grünkohlernte fiel höher aus. In den Vorjahren wurden knapp 2 000 t geerntet, in diesem Jahr sind es über 2 200 t. Die Arten Wirsing-, Rosen- und Blumenkohl erfüllten dagegen nicht die Ertragserwartungen.

### **Weniger, aber größere Betriebe**

Im Mai 1992 gab es in Schleswig-Holstein 26 250 Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 1 ha und mehr. Das waren gut 700 landwirtschaftliche Betriebe oder 3 % weniger als vor einem Jahr.

8 300 Betriebe — das sind ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe — hatten eine LF von weniger als 10 ha. Ihre Zahl veränderte sich gegenüber 1991 nur unwesentlich. Bei diesen Betrieben handelt es sich vor allem um spezialisierte Gartenbau- und Veredelungsbetriebe, Nebenerwerbsbetriebe, Resthöfe und Hobbybetriebe. In der Größenklasse von 10 bis 50 ha LF war in Jahresfrist ein hoher Rückgang (– 9 %) auf 9 600 Betriebe und im Bereich von 50 bis 75 ha LF um 4 % auf 4 400 Betriebe zu verzeichnen. Dagegen nahm die Zahl der Betriebe ab 75 ha LF um 8 % auf 4 000 stark zu.

Nahezu 70 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes wurden von Betrieben mit 50 und mehr ha LF bewirtschaftet, gut ein Viertel der Gesamtfläche von den Betrieben mit 100 und mehr ha LF.

### **1992 war ein sehr gutes Apfeljahr**

Die schleswig-holsteinischen Obstanbaubetriebe erzielten im vergangenen Jahr auf einer Anbaufläche von 656 ha eine mengenmäßig und qualitativ sehr gute Apfelernte. Insgesamt wurden im Marktobstbau 160 000 dt geerntet, wozu das Anbauggebiet in den Elbmarschen 63 % beisteuerte.

Der Hektarertrag lag im Landesmittel bei 227 dt. Er übertraf damit nicht nur den Ertrag des Vorjahres um 40 %, sondern er war auch der höchste der letzten drei Jahre. Besonders hohe Erträge erbrachte die Sorte Boskoop (327 dt/ha).

Mit einer Anbaufläche von 195 ha ist der Holsteiner Cox die in Schleswig-Holstein am stärksten verbreitete Sorte. Der durchschnittliche Hektarertrag betrug beim Holsteiner Cox 214 dt.

## Ausgaben des Staates für den Umweltschutz

Über den Versuch, den statistischen Nachweis der Folgekosten des Wirtschaftens konzeptionell und empirisch in den Griff zu bekommen, und über erste Ansätze zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) ist in dieser Zeitschrift mehrfach berichtet worden, zuletzt in Heft 7/1992. Dort findet sich auch eine detaillierte Beschreibung des Grundprogramms der UGR, von dem das Statistische Bundesamt ein erstes Konzept zur praktischen Umsetzung bereits vorgelegt hat. Dieses Konzept sieht vor, zunächst einen Berichtsteil zur Umweltsituation aufzubauen. Dieses Umweltberichtssystem soll nach den derzeitigen Plänen mehrere Bausteine enthalten, die getrennt bearbeitet und dargestellt werden können. Das Statistische Bundesamt hat die UGR für nationale Zwecke konzipiert. Eine Regionalisierung ist im Konzept zwar vorgesehen, aber dies methodisch auszugestalten und empirisch umzusetzen ist Sache der statistischen Landesämter. Erste Ergebnisse für Schleswig-Holstein wurden in Heft 7/1992 dieser Zeitschrift vorgestellt.

An dieser Stelle sei auf einen Fixpunkt der Bemühungen um eine regionale UGR hingewiesen: Die UGR ist eine sehr komplexe Aufgabe. Ihre Umsetzung auf die regionale Ebene bedingt sowohl eine Arbeitsteilung der einzelnen statistischen Landesämter, als auch die Richtlinienkompetenz des Bundes. Dies soll heißen, daß dem Statistischen Bundesamt in Methodik und Aufbereitung eine Führungsrolle zukommt: Wenn für die Länder Ergebnisse gerechnet werden, dann möglichst nach den Methoden der Bundes-UGR, und die Summe der Länderwerte muß mit dem Bundesergebnis übereinstimmen oder in Übereinstimmung gebracht werden. Die hier und im folgenden gebotenen Definitionen entsprechen denen der Bundes-UGR.

Der folgende Aufsatz bezieht sich auf Baustein 8 (umweltbezogene ökonomische Aktivitäten) des UGR-Konzeptes und geht dabei auf den öffentlichen Bereich ein, was der Arbeitsteilung entspricht, die mit anderen statistischen Landesämtern vereinbart wurde. Das gedankliche Produkt, das hier vorgestellt wird, orientiert sich an den Gegebenheiten in Schleswig-Holstein. Die Übertragbarkeit auf andere Bundesländer wird von dort aus geprüft.

### Die umweltbezogenen ökonomischen Aktivitäten: Baustein 8 der UGR

In Baustein 8 der UGR sollen ökonomische Aktivitäten für den Umweltschutz zusammengestellt werden. Unterteilt nach Gewässerschutz, Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung sind sowohl laufende Ausgaben als auch Investitionen sowie, abgeleitet aus der Investitionsrechnung, Anlagevermögen und Abschreibungen zu ermitteln. Für die Bundesrepublik (alter Gebietsstand) hat das Statistische Bundesamt bereits eine erste Zeitreihe hierzu veröffentlicht<sup>1</sup>, die laufend ergänzt wird. Das UGR-Konzept des Statistischen Bundesamtes sieht auch vor, die Ausgaben nach ihrer Art zu untergliedern, z. B. ob es sich um emissionsenkende oder ressourcensparende Maßnahmen oder um die Reparatur bereits eingetretener Umweltschäden handelt. Dies wird aber noch nicht realisiert.

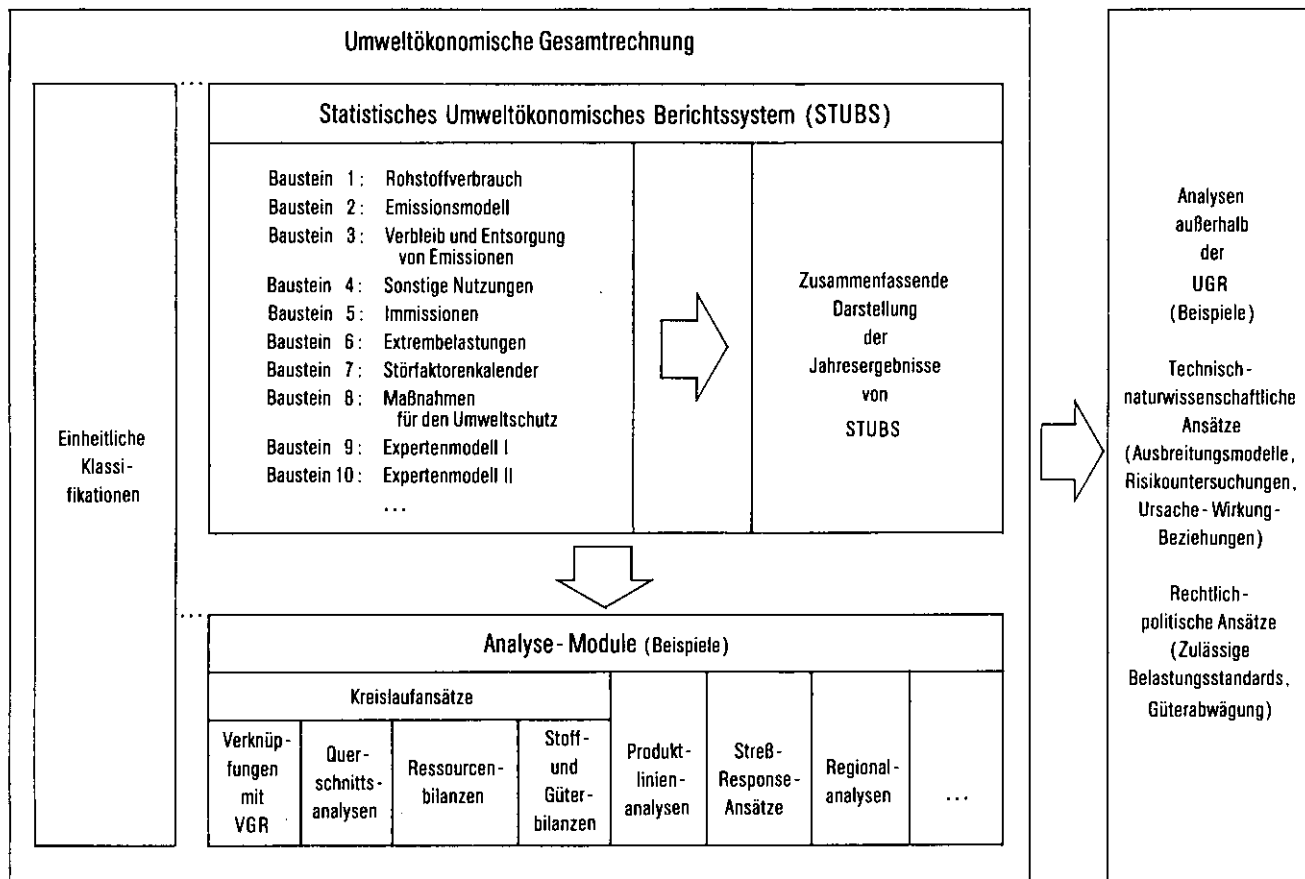
Die UGR soll später im Analyseteil u. a. mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verknüpft werden. Ein sog. Satellitensystem soll das Kernsystem der VGR um Informationen aus dem Bereich „Umwelt“ ergänzen<sup>2</sup>. Deshalb wird bereits im Aufbaustadium der UGR auf gemeinsame Eckwerte geachtet. Für Baustein 8 gilt, daß die umweltökonomischen Aktivitäten möglichst den in der VGR verwendeten Sektoren (Unternehmen, Staat, private Haushalte) zugeordnet werden. Gerade beim Staat gibt es aber eine Reihe von Abweichungen, auf die noch näher einzugehen ist.

Für den Sektor der Unternehmen dokumentiert die Statistik über die Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe zumindest einen Teil der umweltökonomischen Aktivitäten. Staatliche Umwelt-

1) Statistisches Bundesamt, Ausgewählte Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung 1975 bis 1990, Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, Heft 18, Wiesbaden 1991

2) Im einzelnen soll hier nicht näher darauf eingegangen, sondern nur auf einen kürzlich dazu erschienenen, richtungweisenden Beitrag verwiesen werden: Stahmer, C., Integrierte Volkswirtschaftliche und Umweltgesamtrechnung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1992, Wiesbaden

**Aufbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR)**



Quelle: Hölder, E. und Mitarbeiter: *Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung*. Band 16 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 1991.

D 6027 Stat. LA S-H

schutzausgaben sowie die Umweltschutzausgaben der privaten Haushalte dagegen werden bisher nur unzureichend erfaßt. Es existieren zwar einige Untersuchungen<sup>3</sup>, die bisher aber noch nicht in einer laufenden amtlichen Statistik veröffentlicht wurden. In den folgenden Ausführungen soll nun erläutert werden,

wie, im Baustein 8 der UGR, speziell für den Sektor Staat Ausgaben für den Umweltschutz aufbereitet und in einer kontinuierlichen Berichterstattung dargestellt werden können. Da die UGR keine Primärerhebungen aufgrund spezieller Rechtsgrundlagen durchführt, ist sie bei der Datengewinnung auf „Sekundärmaterial“ angewiesen (hier Finanzstatistik, Bilanzstatistik). Die dabei auftretenden Probleme der Sekundäranalyse, so sind z. B. weder Berichtskreis noch Erhebungstatbestand oder Merkmale usw. auf die Erfordernisse der UGR abgestellt, führen u. a. dazu, daß die hier ermittelten Ausgaben lediglich als Untergrenze interpretiert werden sollten.

3) — Essig, H., Erfassung öffentlicher Umweltausgaben und -einnahmen durch die Finanzstatistiken, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1985, Wiesbaden  
 — Reidenbach, M., *Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs*, Berlin 1985  
 — Roloff, O./Pilder, C., Die Umweltschutzausgaben und ihre Finanzierung, in: Roloff, O. & Wild, W., *Umweltschutz in öffentlichen Budgets*, Regensburg 1986  
 — Ryll, A./Schäfer, D., Bausteine für eine monetäre Umweltberichterstattung, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*, Heft 2/1985, Berlin  
 — Zimmermann, K., *Erfassung und Projektion der Umweltschutzausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden*, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, Köln 1975

Zunächst ist es notwendig, die Begriffe

- Staat (öffentlicher Bereich)
- Umweltschutz und
- Ausgaben

eindeutig abzugrenzen. Von deren Definition hängt letztendlich auch das Ergebnis dieser Untersuchung ab.

## **Der öffentliche Bereich: Zur Auswahl der Institutionen**

Was in die hier im Rahmen der UGR vorgelegte Berechnung in den öffentlichen Bereich einbezogen ist, ist pragmatisch definiert und orientiert sich dabei vor allem am Beispiel der Bundes-UGR.

Von folgenden Einrichtungen des öffentlichen Rechts in Schleswig-Holstein wurden Umweltschutzausgaben erfaßt:

- Land Schleswig-Holstein,
- Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. Regiebetriebe<sup>4</sup>),
- Zweckverbände
- Eigenbetriebe<sup>4</sup> sowie
- öffentliche Wirtschaftsunternehmen in privater Rechtsform, die überwiegend, d. h. zu mehr als 50 % des Nominalkapitals, den Gebietskörperschaften gehören und die überwiegend (d. h. zu mehr als 50 %) Umweltschutzaufgaben ausführen.

Diese Abgrenzung des öffentlichen Bereichs unterscheidet sich von der des Sektors Staat in der VGR. Eigenbetriebe und öffentliche Wirtschaftsunternehmen werden in der VGR zum Unternehmenssektor gezählt. Würde man aus Gründen der Vereinheitlichung der VGR-Definition folgen, würden wichtige Umweltschutzausgaben nicht in die Berechnung mit einbezogen, denn im Unternehmenssektor werden zur Zeit ausschließlich die Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes erfaßt. Unternehmen des Dienstleistungsbereiches — von diesen werden wichtige Umweltschutzmaßnahmen im Abfall- und Abwasserbereich durchgeführt — werden in der Statistik bisher nicht berücksichtigt.

Private Unternehmen, deren sich die Gebietskörperschaften zur Erledigung ihrer Aufgaben bedienen (z. B. private Müllabfuhr), werden, wie auch in der VGR üblich, dem Unternehmenssektor zugerechnet. Die Um-

weltschutzausgaben dieser privaten Entsorgungsunternehmen werden zur Zeit durch die amtliche Statistik nicht erfaßt.

In der Aufzählung der Einrichtungen des öffentlichen Rechts fehlen die des Bundes, also des Zentralstaates. Hier gibt es ähnliche Probleme, wie sie für die Regionalisierung des Zentralstaates in der VGR der Länder in Heft 2/1992 dieser Zeitschrift beschrieben worden sind: Was der Bund an unmittelbaren Ausgaben durch seine von ihm getragenen Einrichtungen in Schleswig-Holstein direkt tätigt, ist in der Finanzstatistik weder danach regionalisiert, von welcher Dienststelle aus das erfolgt, noch danach, wo sich diese Ausgabe ökonomisch niederschlägt (regionale Inzidenz). Auch die zum jährlichen Finanzbericht<sup>5</sup> gehörende Aufstellung der Ausgaben des Bundes für den Umweltschutz ist nicht regional gegliedert. Die Umweltschutzausgaben des Bundes, die die UGR des Statistischen Bundesamtes mangels der Regionalisierungsproblematik natürlich einbezieht, können — wenn überhaupt — erst in einem späteren Schritt nach Ländern aufgeteilt werden. Die Reichweite des Bundesansatzes genügt hier also nicht. Dies trifft auch dort zu, wo das Statistische Bundesamt sich in seiner Rechnung weitgehend auf Untersuchungen des Deutschen Instituts für Urbanistik<sup>6</sup> stützt und dieses Institut auch Ergebnisse aus eigenen Betriebsbefragungen und andere nichtamtliche Quellen nutzt, die sich einer Regionalrechnung entziehen. Daten für die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen wurden deshalb statt dessen der sogenannten Bilanzstatistik entnommen, auf die später noch näher eingegangen wird.

## **Umweltschutz im Haushaltsrecht: Zur Auswahl der Umweltschutzaufgaben**

Zur Abgrenzung des Umweltschutzes hat es in den letzten Jahren viele Vorschläge gegeben<sup>7</sup>. Darin wird der Begriff Umweltschutz mehr oder weniger komplex und je nach Untersuchungsprogramm unterschiedlich definiert. Da die Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs im Rahmen der UGR überwiegend aus der Finanzstatistik (hier: Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte) ermittelt werden — über Vor- und Nachteile dieses Verfahrens wird noch berichtet —, muß eine Abgrenzung des Umweltschutzes in Anlehnung an die dort benutzte Haushaltssystematik erfolgen.

5) Bundesministerium für Finanzen, Finanzbericht 1993, Bonn

6) Siehe dazu: Reidenbach, M., a. a. O., S. 44

7) Keiter, H./Zimmermann, K., Probleme und Lösungsansätze der Erfassung von Umweltschutzausgaben des öffentlichen Sektors, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Heft 1/1982, S. 85 — 101, Berlin

4) Regiebetriebe werden auch als „Bruttobetriebe“ bezeichnet, weil sie mit allen Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Gebietskörperschaft, zu der sie gehören, enthalten sind. Sie sind organisatorisch lediglich Abteilungen der öffentlichen Verwaltung ohne eigenes Vermögen. Eigenbetriebe sind Unternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die nach dem Eigenbetriebsrecht geführt werden. In den Haushalten werden sie nur „netto“ veranschlagt, d. h. mit ihrem Über- oder Unterschluß aus laufender Rechnung. Die Rechnungslegung erfolgt nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung.

Zuvor ist zwischen den beiden fast homophonen Begriffen Aufgaben und Ausgaben zu unterscheiden. Die Systematik der Finanzstatistik hat für beide eine Gliederung parat. Diejenige nach den Aufgaben(-bereichen) ist der sog. Funktionenplan (für Land und Bund) bzw. der Gliederungsplan für die Kommunal Finanzen. Auf sie soll hier zunächst eingegangen werden.

Es ist allerdings nicht so einfach, wie es scheint, die Aufgaben für den Umweltschutz aus der Finanzstatistik bzw. aus den ihr zugrunde liegenden Haushaltssystematiken zu ermitteln. Der entscheidende Punkt ist, daß eine Querschnittsaufgabe „Umweltschutz“ im Haushaltsrecht nicht vorgesehen ist. Sowohl der Funktionenplan im staatlichen Haushaltsrecht sowie der Gliederungsplan im kommunalen Haushaltsrecht, in denen die einzelnen öffentlichen Aufgaben dargestellt werden, sind nach eher traditionellen Aufgabenbereichen von 0 (allgemeine Dienste) bis 9 (allgemeine Finanzwirtschaft) gegliedert. Die Umweltschutzaufgaben verteilen sich also über eine Vielzahl von Funktions- bzw. Gliederungsnummern im gesamten Haushalt und müssen daraus selektiert werden. Dies gilt im übrigen auch für die internationale Systematik der Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen (Classification of Functions of Government), die in der VGR verwendet wird. Bei der Auswahl der Umweltschutzfunktions- bzw. Gliederungsnummern ist aber zu beachten, daß öffentliche Aufgaben entsprechend ihrem Schwerpunkt nur mit einer einzigen Funktions- bzw. Gliederungsnummer versehen werden. Dies bedeutet, daß eine Aufgabe zu mehr als 50 % dem Umweltschutz dienen muß, um als Umweltschutzaufgabe erfaßt zu werden, und daß Umweltschutzaufgaben, die mit weniger als 50 % in einer Maßnahme oder Aufgabe anfallen, nicht identifizierbar sind, da sie in einem anderen Aufgabenschwerpunkt, also einer anderen Funktions- bzw. Gliederungsnummer verbucht werden. Diese umweltbezogenen Anteile einer Aufgabe aus dem finanzstatistischen Material herauszunehmen ist nicht möglich. Beispiele solcher vermischten Aufgabenbereiche sind

- die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen im Städtebau (wie hoch ist der Anteil zur Luftverbesserung bzw. Lärmverminderung?),
- Umweltkontrollen durch die Polizei,
- die Umweltgerichtsbarkeit,
- der Umweltschutz bei Fischerei- und Forstämtern, bei Feuerwehr und Katastrophenschutz,
- die Verwaltung von Umweltschutz, z. B. Ausbildung von Personal, Werbung für den Umweltschutz, Umweltschutzerziehung und — letztendlich — auch Statistik über die Umwelt.

Angesichts der genannten Probleme könnte man meinen, daß eine andere Quelle für Daten der Umwelt-

schutzaufgaben des öffentlichen Bereiches geeigneter wäre — die Haushaltspläne. Das Statistische Bundesamt nutzt nämlich, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik, diese Möglichkeit, Bundes- und Länderausgaben auszuwerten.

Der Vorteil der Haushaltspläne besteht darin, daß durch textliche Erläuterungen zu den einzelnen Titeln Umweltschutzaufgaben besser identifiziert werden, als dies in der Finanzstatistik mit ihrer, was den Umweltschutz betrifft, recht groben Haushaltssystematik möglich ist. Der Nachteil der Haushaltspläne liegt darin, daß sie nicht voll miteinander vergleichbar sind. Für jedes Land müssen die Haushaltspläne durchkämmt und die Titel dem Umweltschutz individuell zugeordnet werden. Zudem ist diese Arbeit lediglich für Bund und Länder durchführbar. Begibt man sich auf die Ebenen der Gemeinden und Zweckverbände, so ist es allein wegen der Vielzahl der Gemeinden (Schleswig-Holstein hat über 1 100) nicht möglich, alle Haushaltspläne auszuwerten. Hier kann nur mit der Finanzstatistik gearbeitet werden.

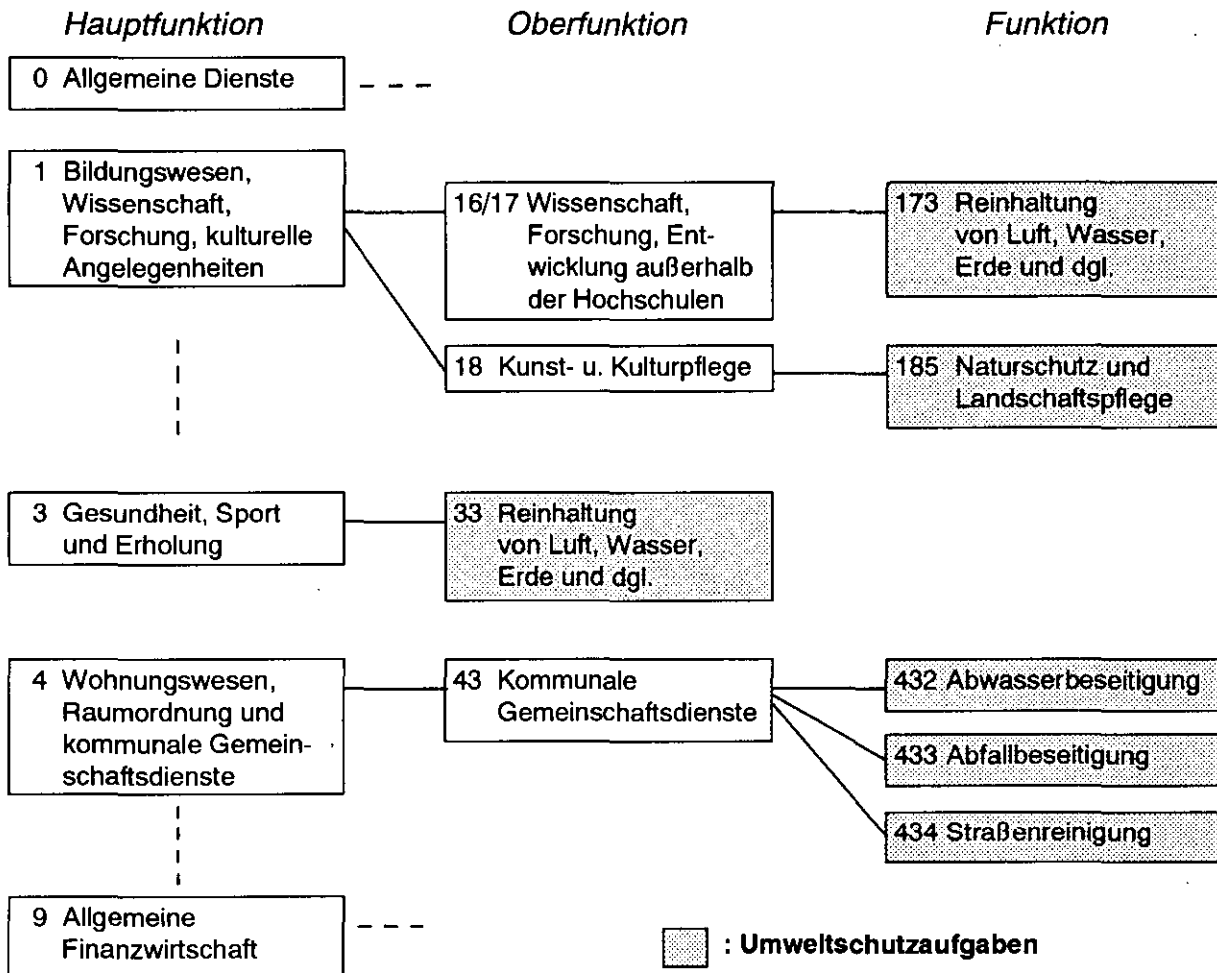
Nach Abwägung der Vor- und Nachteile wurden, wie anfangs bereits erwähnt, die öffentlichen Umweltschutzausgaben für die hier vorgelegte Berechnung aus der Finanzstatistik (Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte) erfaßt. Zum einen bietet die Finanzstatistik sowohl für Länder als auch für Gemeinden und Zweckverbände einheitlich gegliedertes detailliertes Zahlenmaterial der tatsächlich verausgabten Werte. Zum anderen bietet sich die Finanzstatistik an, weil Schleswig-Holstein arbeitsteilig die öffentlichen Ausgaben für den Umweltschutz auch für die anderen Bundesländer rechnen soll und hier die haushaltssystematischen Gliederungen einheitlich und nachvollziehbar sind. Daß diese Ausgaben aufgrund der Problematik von Sekundäranalysen eine eher „konservative“ Untergrenze darstellen, ist bereits an anderer Stelle dargestellt worden. Die Umweltschutzaufgaben wurden also so, wie sie sich dort nach dem beschriebenen Schwerpunktprinzip niedergeschlagen haben, aus der Haushaltssystematik bestimmt. Die entsprechenden Funktions- bzw. Gliederungsnummern sind der Grafik zu entnehmen. Soll aber in einer späteren Phase auch der Bund regional nachgewiesen werden, kommt man kaum daran vorbei, die Quelle Haushaltsplan „durchkämmt“ zu nutzen.

### **Unmittelbare Ausgaben: Zur Auswahl der Merkmale**

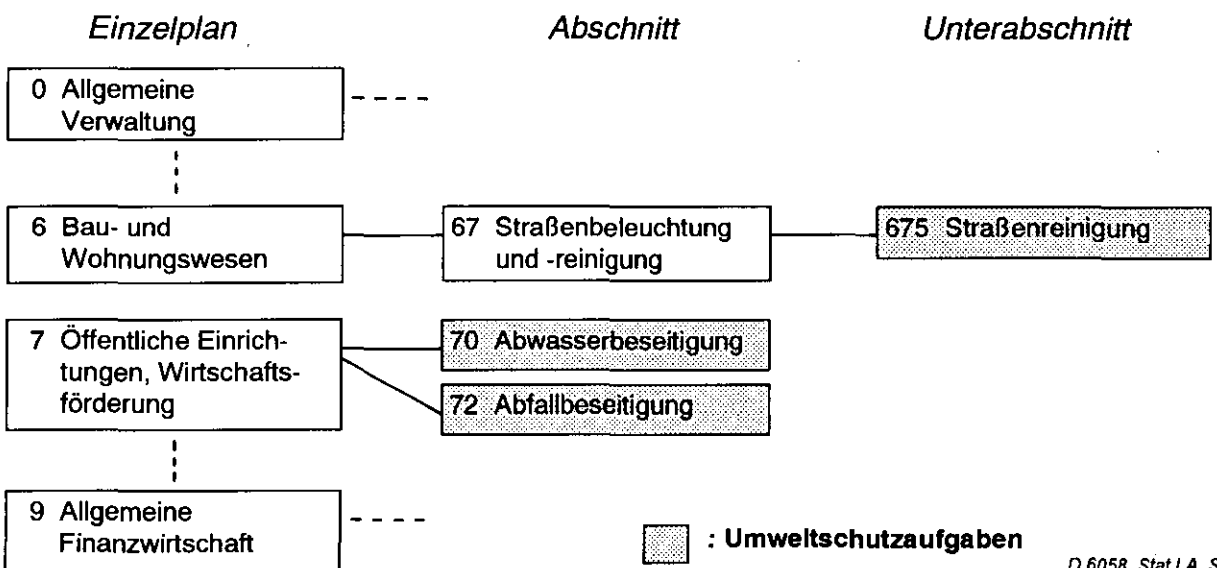
Nachdem im vorhergehenden Kapitel Umweltschutzaufgaben aus der Haushaltssystematik abgegrenzt wurden, sollen nun die Ausgabearten selbst betrachtet werden.



Umweltschutzaufgaben aus dem Funktionsplan der staatlichen Haushaltsrechnung



Umweltschutzaufgaben aus dem Gliederungsplan der kommunalen Haushaltsrechnung



D 6058 Stat.LA S-H

Was unter Ausgaben für den Umweltschutz zu subsumieren ist, bedarf der Präzision und dann auch der Gliederung. Die öffentliche Hand kann zum Schutz der Umwelt beitragen, indem sie

- in eigene Ausrüstungen (Maschinen und maschinelle Anlagen) und Bauten investiert, die für einen längeren Zeitraum als Sachkapital zur Vermeidung oder Beseitigung von Umweltschäden dienen,
- öffentliche Böden meliorisiert und Gewässer reinigt oder sonstwie mit eigenen oder am Markt gekauften Ressourcen laufende „Reparaturen“ am Naturvermögen vornimmt,
- Investitionszuschüsse an Unternehmen gewährt, die in Güter des Umweltschutzes oder in umweltverträglichere Produktionsweisen investieren,
- Subventionen an Unternehmen für deren Umweltschutz zahlt oder entsprechende Transfers an private Haushalte leistet,
- sich an Unternehmen beteiligt, die Umweltschutz am Markt anbieten,
- selbst oder durch Dritte Entsorgungsleistungen erbringt.

Natürlich kann der Staat auch von der Einnahmenseite her durch spezielle Steuern (Ökosteuern) oder durch Verzicht auf Einnahmen (Steuervergünstigungen), durch Gewährung von Krediten, durch Ge- und Verbote, durch Strafbestimmungen und andere Normen die Intensität des Schutzes der Umwelt beeinflussen.

Nach Baustein 8 UGR sollen zunächst die rein monetären Ausgaben, die den Hauptbestandteil der statistisch erfaßbaren Umweltschutzmaßnahmen des Staates bilden, betrachtet werden. Sie können, wie bereits erwähnt, aus der Jahresrechnungsstatistik von Bund, Ländern, Gemeinden und Zweckverbänden sowie aus der Bilanzstatistik ermittelt werden.

Für die UGR sind dabei in erster Linie die „unmittelbaren“ Ausgaben von Bedeutung. Die unmittelbaren Ausgaben sind nach finanzwirtschaftlicher Darstellung<sup>8</sup> die Ausgaben (ohne Zahlungen an den öffentlichen Bereich) für

- Personal,
- laufenden Sachaufwand,
- Sachinvestitionen sowie
- laufende und vermögenswirksame Zahlungen an andere (nichtöffentliche) Bereiche.

8) Statistisches Bundesamt, Rechnungsergebnisse der öffentlichen Gesamthaushalte, Fachserie 14, Reihe 3.1., S. 8, 1988, Wiesbaden. Für die UGR werden die Zahlungen an öffentliche Unternehmen nicht erfaßt, sondern deren tatsächliche Ausgaben aus der Bilanzstatistik ermittelt.

Die Kumulation der öffentlichen Ebenen zeigt dann die Summe, die für den Umweltschutz in der Berichtsperiode (Jahr) tatsächlich ausgegeben wurde.

Zur Berechnung der unmittelbaren Ausgaben wurden, in Anlehnung an den Bundesansatz<sup>9</sup>, aus den Gruppierungsplänen<sup>10</sup> von Land und Kommunen folgende Ausgabearten berücksichtigt:

### Land:

Ausgabeart	Gruppierungsnummern
Personalausgaben	4
Sächliche Verwaltungsausgaben	51, 52, 53, 54
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) für den nichtöffentlichen Bereich	662, 663, 666 67 681, 683, 684, 685, 686, 688 697, 698, 699
Baumaßnahmen	7
Ausgaben für Investitionen	81, 82, 83
Investitionsförderungsmaßnahmen für den nichtöffentlichen Bereich	862, 863, 866 892, 893, 896, 898

### Gemeinden und Zweckverbände:

Ausgabenart	Gruppierungsnummern
Personalausgaben	4
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57 bis 63, 64, 65, 66
Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen) für den nichtöffentlichen Bereich	676, 677, 70 716, 717 726, 727
Gewährung von Darlehen (nicht-öffentlicher Bereich)	926, 927
Vermögenserwerb	930, 932, 935
Baumaßnahmen	94, 95, 96
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen für den nicht-öffentlichen Bereich	986, 987

9) Reidenbach, M., a. a. O., S. 190 und 191

10) Der Gruppierungsplan faßt die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Haupt-/Obergruppen, Gruppen und Untergruppen zu verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten zusammen, denen entsprechende Gruppierungsnummern zugeordnet sind. Sein Ordnungsprinzip lehnt sich in erster Linie ökonomischen Gesichtspunkten auf der Grundlage des Staatskontos der VGR an.

Unberücksichtigt blieben dabei die kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen, Verzinsungen). Obwohl das kommunale Haushaltsrecht Abschreibungen und kalkulatorische Verzinsungen als „haushaltstechnische Verrechnungen“ berücksichtigt, hat das Statistische Bundesamt darauf verzichtet, diese Gruppierungen für die unmittelbaren Ausgaben zu erfassen. Nach Reidenbach<sup>11</sup> stellen derartige kalkulatorische Kosten ein systemfremdes Element (keine Ausgabe, nur buchungsmäßige Erfassung) unter den Ausgaben dar.

Auch die „inneren Verrechnungen“ zwischen den einzelnen Institutionen einer Gemeinde wurden nicht berücksichtigt. Hier können unter Umständen Doppelzählungen auftreten<sup>12</sup>.

Nicht ermittelbar ist, was als Umweltschutz in den zentral nachgewiesenen Ausgaben steckt. Diese Ausgaben können keinerlei Aufgaben, also auch nicht dem Umweltschutz, zugeordnet werden. Im Kommunalhaushalt und in der Jahresrechnungsstatistik sind dies die Zinsausgaben, Ausgaben für die Gewerbesteuerumlage, allgemeine Umlagen an die Gemeinden, die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, die Deckung von Soll-Fehlbeträgen aus Vorjahren, die Zuführungen an Rücklagen, die Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und die Kreditbeschaffungskosten. Auch im Landeshaushalt gibt es entsprechende Gruppierungen.

Um die Summe der Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereiches zu ermitteln, muß man finanzstatistische Daten aus verschiedenen öffentlichen Ebenen aggregieren. Dabei müssen Doppelzählungen vermieden werden, denn was eine Ebene an Finanzierungsmitteln zuweist (z. B. Investitionszuweisung der Länder für kommunale Baumaßnahmen), führt in einer anderen zu den getätigten Ausgaben (Bauausgaben) selbst. Üblicherweise wird dies in der Finanzstatistik wie folgt bereinigt. Vom Gesamthaushalt aller Gebietskörperschaften werden die Zahlungen von gleicher Ebene (z. B. Gemeinde an Gemeinde) sowie die Zahlungen von anderen Ebenen (z. B. Land an Gemeinde) abgesetzt. Die sich daraus ergebenden Nettoausgaben zeigen an, wieviel die Körperschaftsgruppen aus eigenen Einnahmequellen finanziert haben<sup>13</sup>. Für die Untersuchung der unmittelbaren Umweltschutzausgaben in der UGR wurden intrastaatliche Zahlungsströme, also vor allem die Erstattungen sowie die Zuweisungen und Zuschüsse sowohl für laufende Ausgaben als auch für In-

vestitionen innerhalb des öffentlichen Bereichs, von vornherein nicht einbezogen, wohl aber die Erstattungen und Zuweisungen bzw. Zuschüsse an nichtöffentliche Bereiche, denn die führen nicht zu Doppelzählungen.

### **Mittelbare Ausgaben: Berechnungsgrundlagen unzureichend**

„Mittelbare“ Ausgaben, bei denen es lediglich zu intrastaatlichen Transfers kommt (z. B. Zuschüsse des Landes an die Gemeinden), die also die Zahlungsströme zwischen den einzelnen Ebenen des öffentlichen Bereichs dokumentieren, sollen zu einem späteren Zeitpunkt mit eingeführt werden. Zur Zeit können sie, wie die nachstehenden Erläuterungen verdeutlichen, nicht berechnet werden.

Die Aufgaben, die jede Ebene des öffentlichen Bereichs wahrzunehmen hat, sind gesetzlich weitgehend festgelegt. So ist es Aufgabe von Bund und Ländern, eine entsprechende Gesetzgebung zum Umweltschutz zu entwickeln sowie für den Umweltschutz Planungen durchzuführen und finanzielle Hilfen bereitzustellen. Die finanzwirtschaftliche Funktion der Staatshaushalte liegt also nur untergeordnet darin, selbst Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen. Die Bereitstellung von Finanzmitteln überwiegt. Aufgabe der Gemeinden ist es, die notwendigen Einrichtungen für den Umweltschutz zu erstellen und zu betreiben. Dabei können sie diese Aufgaben auch kommunalen Zweckverbänden oder anderen geeigneten Dritten übertragen. Es ist daher einsichtig, daß die meisten unmittelbaren Ausgaben des öffentlichen Bereichs auf kommunaler Ebene erfolgen. Insofern sagen die Anteile, welche die einzelnen Ebenen zu den unmittelbaren Umweltschutzausgaben beitragen, wenig über deren tatsächliche finanzielle Leistung aus. Hier setzt die Frage nach den „mittelbaren“ Umweltschutzausgaben an, bei der die Zahlungsströme zwischen den Ebenen des öffentlichen Bereiches betrachtet werden. Versucht man diese Zahlungsströme anhand der Jahresrechnungsstatistik zu ermitteln, stößt man bald auf große Probleme. Zum einen können bei der Auswahl der entsprechenden Gruppierungen (Schuldendiensthilfen, Erstattungen, Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse) diejenigen nicht erfaßt werden, die als Allgemeine Finanzzuweisungen keinerlei Aufgaben, also auch nicht dem Umweltschutz, zuzuordnen sind. Gravierender wirkt sich aber die nach dem Schwerpunktbereich durchgeführte grobe Abgrenzung des Umweltschutzes in der Haushaltssystematik aus. Gerade mittelbare Ausgaben für den Umweltschutz sind in vielen anderen Funktionen bzw. Gliederungen verborgen, aus denen sie nicht identifiziert werden kön-

11) Reidenbach, M., a. a. O., S. 23

12) Roloff/Pilder, a. a. O., S. 216 f.

13) Essig, H., Erfassungs- und Auswertungsprogramm der Finanzstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1984, Wiesbaden

nen. Die aus der Jahresrechnungsstatistik zu erfassen- den Werte für unmittelbare Ausgaben stellen aus diesen Gründen nur einen geringen Teil der für den Umweltschutz geflossenen Zahlungsströme dar. Um auch für die mittelbaren Ausgaben zu aussagekräftigen Ergebnissen zu kommen, bietet sich die Lösung an, aus dem Landeshaushaltsplan umweltrelevante Haushaltsmittel zu selektieren<sup>14</sup>. Die Werte könnten dann in Kombination mit den Jahresrechnungsstatistiken der Gemeinden und Zweckverbände dargestellt werden. Dies bedarf aber noch grundsätzlicher methodischer Klärung.

### **Die Untersuchung für Schleswig-Holstein 1990: Vorgehensweise und Ergebnisse**

Für die vorliegende Berechnung wurde als finanzstatistisches Material für kommunale Haushalte und Zweckverbände die Haushaltsrechnung, für den Landeshaushalt die „Übersicht zum kassenmäßigen Abschluß“ verwendet.

Während Regiebetriebe jeweils mit ihren gesamten Ausgaben und Einnahmen in den Haushalten und somit im finanzstatistischen Material erscheinen, sind Eigenbetriebe und öffentliche Unternehmen im Haushalt nur „netto“ mit sogenannten Zuführungen bzw. Ablieferungen zu veranschlagen. Da diese Angaben nichts über die tatsächlichen Umweltschutzausgaben aussagen, wurde als weitere Quelle die bereits erwähnte Bilanzstatistik der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen hinzugezogen. Hierin werden Eigenbetriebe sowie öffentliche Unternehmen und Zweckverbände mit wirtschaftlichen Aufgaben erfaßt, soweit sie eine Bilanzsumme von mehr als fünf Mill. DM (bei Versorgung, Entsorgung und Verkehr) bzw. mehr als zwei Mill. DM (bei Wasserver- und -entsorgung) erreichen. Öffentliche Unternehmen mit anderen Aufgaben als denen der Ver-, Entsorgung und des Verkehrs sind zur Bilanzstatistik nicht meldepflichtig. Die Bilanzstatistik weist u. a. die Zugänge beim Anlagevermögen (Umweltschutzinvestitionen) sowie die laufenden Ausgaben (Personalausgaben und sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben) aus. Bei Unternehmen, die sowohl ver- als auch entsorgen, wurden nur die dem Umweltschutz zuzurechnenden Ausgaben (Entsorgung von Abfall, Abwasser) erfaßt. Die Angaben dazu stammen aus den Wirtschaftsplänen der öffentlichen Unternehmen, die den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften beigelegt sind.

14) Für Schleswig-Holstein werden jährlich vom Ministerium für Natur, Umwelt und Landesentwicklung intern die umweltrelevanten Haushaltsmittel des Landeshaushaltes, allerdings ohne Personalkosten, zusammengestellt.

Die Tabelle der Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereiches in Schleswig-Holstein 1990 faßt, untergliedert nach Ausgabearten bzw. nach Umweltbereichen, die unmittelbaren Ausgaben aus Haushaltsrechnungen und Bilanzstatistik zusammen.

Sie zeigt für 1990 Gesamtausgaben des öffentlichen Bereiches für den Umweltschutz von 940 Mill. DM. Mit 41,2 % stellen die Investitionen den größten Ausgabenblock. Sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben standen mit 24,5 % an zweiter Stelle; Personalkosten für den Umweltschutz fielen mit 15,7 % an. Die Zahlungen an den nichtöffentlichen Bereich schlugen mit 18,6 % zu Buche. Personalkosten und sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben werden als laufende Ausgaben bezeichnet, auf die somit 40,2 % der Gesamtausgaben entfallen.

Von den Gesamtinvestitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von Finanz- und Sachanlagen) des öffentlichen Bereiches war 1990 beinahe ein Fünftel (15,9 %) dem Umweltschutz zuzurechnen. Dieser Prozentsatz liegt übrigens im Unternehmenssektor (Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes) wesentlich niedriger (4,5 %) <sup>15</sup>.

Nachrichtlich sei erwähnt, daß der Anteil der hier ermittelten Umweltschutzausgaben an den Gesamtausgaben des öffentlichen Bereichs 1990 bei 3,6 % lag.

Die mit Abstand meisten Umweltschutzausgaben (55,6 %) gelten dem Umweltbereich Abwasser. Zusammen mit denjenigen zur Abfallentsorgung (33,5 %) fließen damit fast neun Zehntel aller öffentlichen Umweltschutzausgaben in diese beiden Bereiche. Untersuchungen aus Baden-Württemberg <sup>16</sup> zeigen ähnliche Strukturen.

Vergleicht man die föderalen Ebenen des öffentlichen Bereichs, so sieht man, daß die unmittelbaren Ausgaben naturgemäß vor Ort, also überwiegend durch die Gemeinden (67,1 %) getätigt werden. Der Anteil des Landes fällt mit 7,5 % relativ gering aus. Das Land leistet aber durch Zuweisungen und Zuschüsse eine wesentliche Finanzierung zu den Umweltschutzausgaben. Diese „mittelbaren“ Ausgaben sollen, wie bereits erwähnt, zu einem späteren Zeitpunkt in die Betrachtung einbezogen werden.

15) Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein 1990, Statistischer Bericht Q III 1 des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

16) Büringer, U., Umweltschutzinvestitionen durch öffentliche Hand und Produzierendes Gewerbe 1980 bis 1989, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1991, Stuttgart

**Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs<sup>1</sup> in Schleswig-Holstein 1990**  
nach Körperschaftsgruppen in 1 000 DM

Ausgabeart/Umweltbereich	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Zweckverbände	Eigenbetriebe und öffentliche Wirtschaftsunter- nehmen in privater Rechtsform	Insgesamt
	nach Ausgabearten				
Laufende Ausgaben					
Personalausgaben	1 050	121 444	12 756	12 018	147 268
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	8 129	154 437	34 983	32 634	230 183
Zusammen	9 179	275 881	47 739	44 652	377 451
Investitionen					
Sachinvestitionen	4 369	290 714	41 401	51 239	387 723
darunter Baumaßnahmen	2 636	273 299	38 189	.	314 124
Finanzinvestitionen	-	192	.	.	258
Zusammen	4 369	290 906	41 438	51 268	387 981
Investitionsförderungsmaßnahmen für nichtöffentlichen Bereich	56 627	64 309	54 611	.	175 547
Insgesamt	70 175	631 096	143 788	95 920	940 979
	nach Umweltbereichen				
Abwasser	-	444 194	63 236	15 511	522 941
Abfall	-	153 996	80 552	80 409	314 957
Straßenreinigung	-	32 906	-	-	32 906
Naturschutz und Landschaftspflege	39 283	-	-	-	39 283
Reinhaltung von Luft, Wasser, Erde u. a. <sup>2</sup>	30 892	-	-	-	30 892
Insgesamt	70 175	631 096	143 788	95 920	940 979

1) ohne Bund

2) einschließlich Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz

Quellen: Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte 1990

Bilanzstatistik öffentlicher Wirtschaftsunternehmen 1990

## Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs<sup>1</sup> in Schleswig-Holstein 1990 nach Ausgabearten und Umweltbereichen in 1 000 DM

Ausgabeart	Abwasser	Abfall	Straßen- reinigung	Naturschutz und Land- schaftspflege	Reinhaltung von Luft, Wasser, Erde u. a. <sup>2</sup>	Insgesamt
Laufende Ausgaben						
Personalausgaben	77 488	47 822	20 907	139	912	147 268
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	127 878	85 269	8 906	2 627	5 503	230 183
Zusammen	205 366	133 091	29 813	2 766	6 415	377 451
Investitionen						
Sachinvestitionen	310 810	69 978	2 567	2 630	1 738	387 723
darunter						
Baumaßnahmen	294 431	16 644	413	2 630	6	314 124
Finanzinvestitionen	192	66	-	-	-	258
Zusammen	311 002	70 044	2 567	2 630	1 738	387 981
Investitionsförderungsmaßnahmen für nichtöffentlichen Bereich	6 573	111 821	526	33 889	22 738	175 547
Insgesamt	522 941	314 956	32 906	39 285	30 891	940 979

1) ohne Bund

2) einschließlich Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz

Quellen: Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte 1990  
Bilanzstatistik öffentlicher Wirtschaftsunternehmen 1990

In der Tabelle werden Umweltbereiche und Ausgabearten gegenübergestellt. Hier ist bei den laufenden Ausgaben der hohe Anteil an Personalkosten im Bereich der Straßenreinigung auffällig. In den anderen Umweltbereichen überwiegt der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand die Personalausgaben. In den Bereichen „Naturschutz und Landschaftspflege“ sowie „Reinhaltung von Luft, Wasser, Erde u. a.“ liegt der Schwerpunkt der Ausgaben bei Investitionsförderungsmaßnahmen an den nichtöffentlichen Bereich (86,3 % bzw. 73,6 %). Auch im Abfallbereich nehmen diese Ausgaben mit gut einem Drittel (35,5 %) einen relativ hohen Rang ein. Ein Grund dafür könnte die zunehmende Verlagerung staatlicher Aufgaben an private Dritte sein. Im Abwasserbereich überwiegen die Sachinvestitionen. Mit 59,4 % stellen sie beinahe zwei Drittel aller Ausgaben. Allein 95 % der Sachinvestitionen wurden als Baumaßnahmen (z. B. Kläranlagen, Kanalisation usw.) durchgeführt.

### Die weiteren Schritte

Die Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereiches für Schleswig-Holstein wurden im wesentlichen aus der

Finanzstatistik ermittelt. Auf die hier relativ grobe, nur schwerpunktmäßige Abgrenzung des Aufgabenbereichs Umweltschutz wurde hingewiesen. Diesem Nachteil steht als Vorteil gegenüber, daß die Methode leicht nachvollziehbar ist und vergleichbare Daten auch für künftige Rechnungsjahre und arbeitsteilig für andere Bundesländer erfaßt werden können. Während Forschungsberichte bzw. Studien der unterschiedlichsten Institutionen über „Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs“ nur punktuell Daten auch für einen zurückliegenden Zeitraum ermitteln können, bietet die Finanzstatistik die Möglichkeit einer laufenden (jährlichen) Berichterstattung.

Die hier vorgelegten Ergebnisse können natürlich nur ein erster Anfang sein. Sie sind um bisher nicht einbezogene Tatbestände zu ergänzen und weiter zu gliedern. Dazu zählt auch eine Betrachtung der Einnahmenseite. Gerade im Entsorgungsbereich stehen den hohen Ausgaben auch entsprechende Einnahmen (Abwasser- bzw. Abfallgebühren) gegenüber. Zusätzlichen Wert bekommen die Ergebnisse zudem, wenn sie in einer Zeitreihe stehen und außerdem mit denen anderer Regionen verglichen werden können.

Dr. Johann Lawatscheck

## 1991 weniger Sozialhilfeempfänger

1991 erhielten 162 100 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder Hilfe in besonderen Lebenslagen. Für sie und die in der Empfängerstatistik nicht erfaßten Bezieher von ausschließlich einmaligen Hilfen zum Lebensunterhalt hatten die Sozialämter Nettoaufwendungen (reine Ausgaben) in Höhe von 1,295 Mrd. DM. Netto meint hier: nach Abzug der Leistungen der Sozialhilfeempfänger sowie Dritter. Die Empfängerzahl fiel überraschend um 4 500 oder 3 %, im Bundesgebiet um 0,5 %. Die Nettoausgaben stiegen — wenn auch nicht mehr so stark wie in den letzten Jahren — um 67 Mill. DM, das sind nur 5 % gegenüber 12 % des Vorjahres.

Von den 162 100 Sozialhilfebeziehern erhielten 123 500 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 59 500 Hilfe in besonderen Lebenslagen, zum Teil neben- oder nacheinander. Nicht alle bezogen das ganze Jahr über Sozialhilfe; fürs Jahresende wurden nur 87 900 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gezählt.

Drei Hilfen in besonderen Lebenslagen ragen heraus: die Hilfe zur Pflege mit 27 500, die Krankenhilfe mit 18 900 und die Eingliederungshilfe mit 12 000 Beziehern. Auf die Hilfe zur Pflege — für die einzelnen Hilfearten werden in der Statistik nur Bruttozahlen erhoben — entfallen mit 623 Mill. DM fast so hohe Ausgaben wie auf die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (626 Mill. DM). Für die Eingliederungshilfe wurden

326 Mill. DM aufgewendet, für die Krankenhilfe 57 Mill. DM.

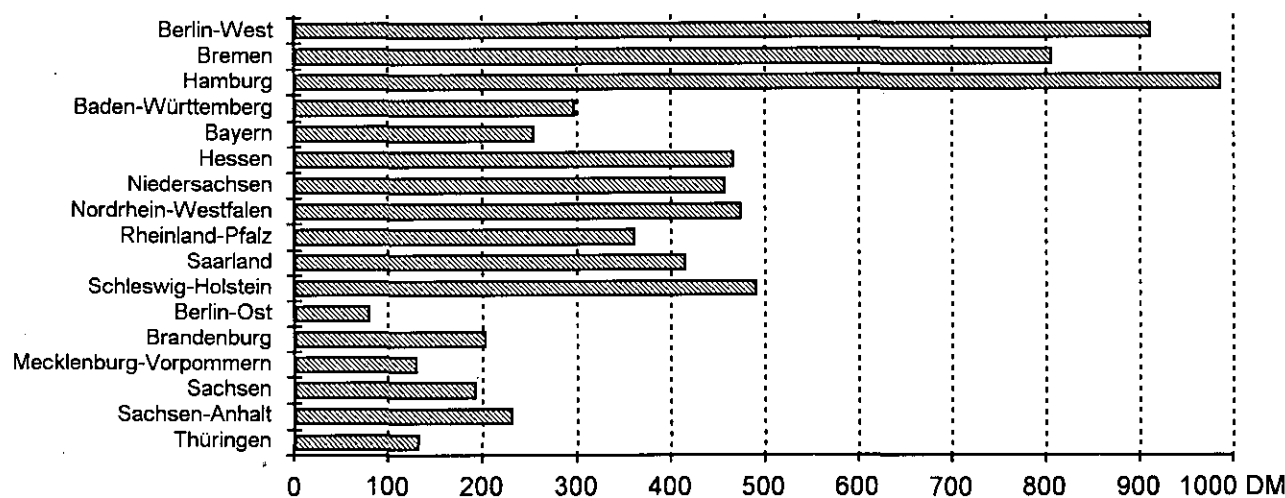
In den kreisfreien Städten empfangen 81 von 1 000 Einwohnern laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, in den Kreisen nur 36; für Hilfen in besonderen Lebenslagen waren es 27 respektive 21. Dementsprechend ergaben sich die höchsten auf die Bevölkerung bezogenen Sozialhilfeausgaben auch für die vier kreisfreien Städte. Die Bruttoausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt je Einwohner betragen dort 486 DM, in den Kreisen 160 DM, bei den Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen waren es 547 DM und 336 DM.

Die reinen Ausgaben je Einwohner streuten von 764 DM in Neumünster bis 891 DM in Flensburg, in den Kreisen erstreckte sich die Spanne von 285 DM in Stormarn bis 444 DM in Schleswig-Flensburg. Die auf die Bevölkerung bezogenen reinen Ausgaben der kreisfreien Städte waren im Durchschnitt doppelt so hoch wie die der Kreise. Ähnliches läßt sich im Bundesgebiet für die Stadtstaaten und die Flächenstaaten feststellen. Hamburg und Bremen hatten 1991 nach Abzug der Einnahmen rund doppelt so hohe Mittel je Einwohner bereitzustellen wie die acht anderen Länder des alten Bundesgebiets. Für Berlin gilt diese Aussage allerdings nur für seinen Westteil. Berlin-Ost und die neuen Bundesländer liegen bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Sozialhilfe am Ende der Skala.

Gustav Thissen

Reine Ausgaben der Sozialhilfe je Einwohner 1991 im Bundesgebiet

D 6054 Stat.LA S-H

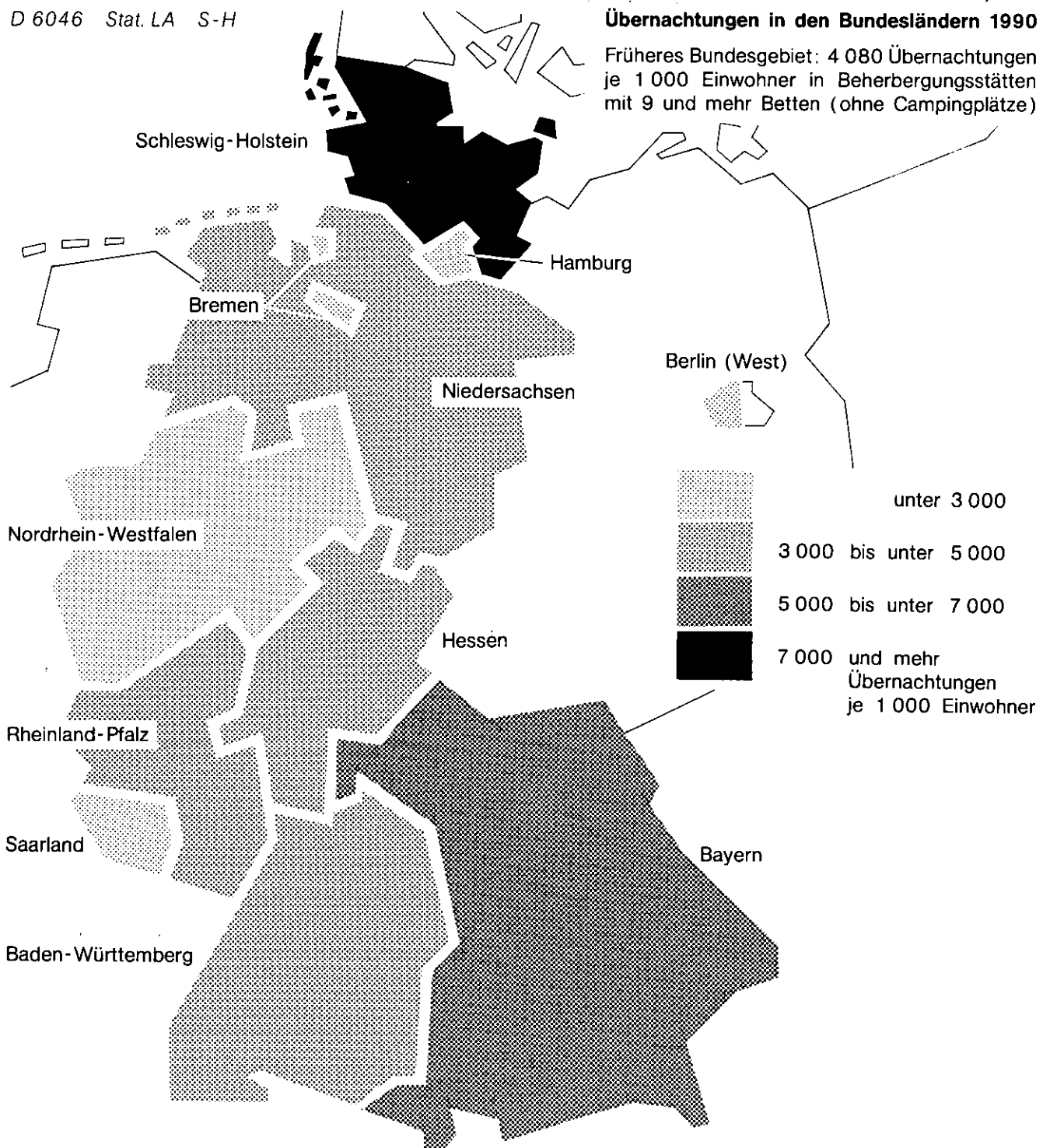


## Thematische Karten zum Fremdenverkehr

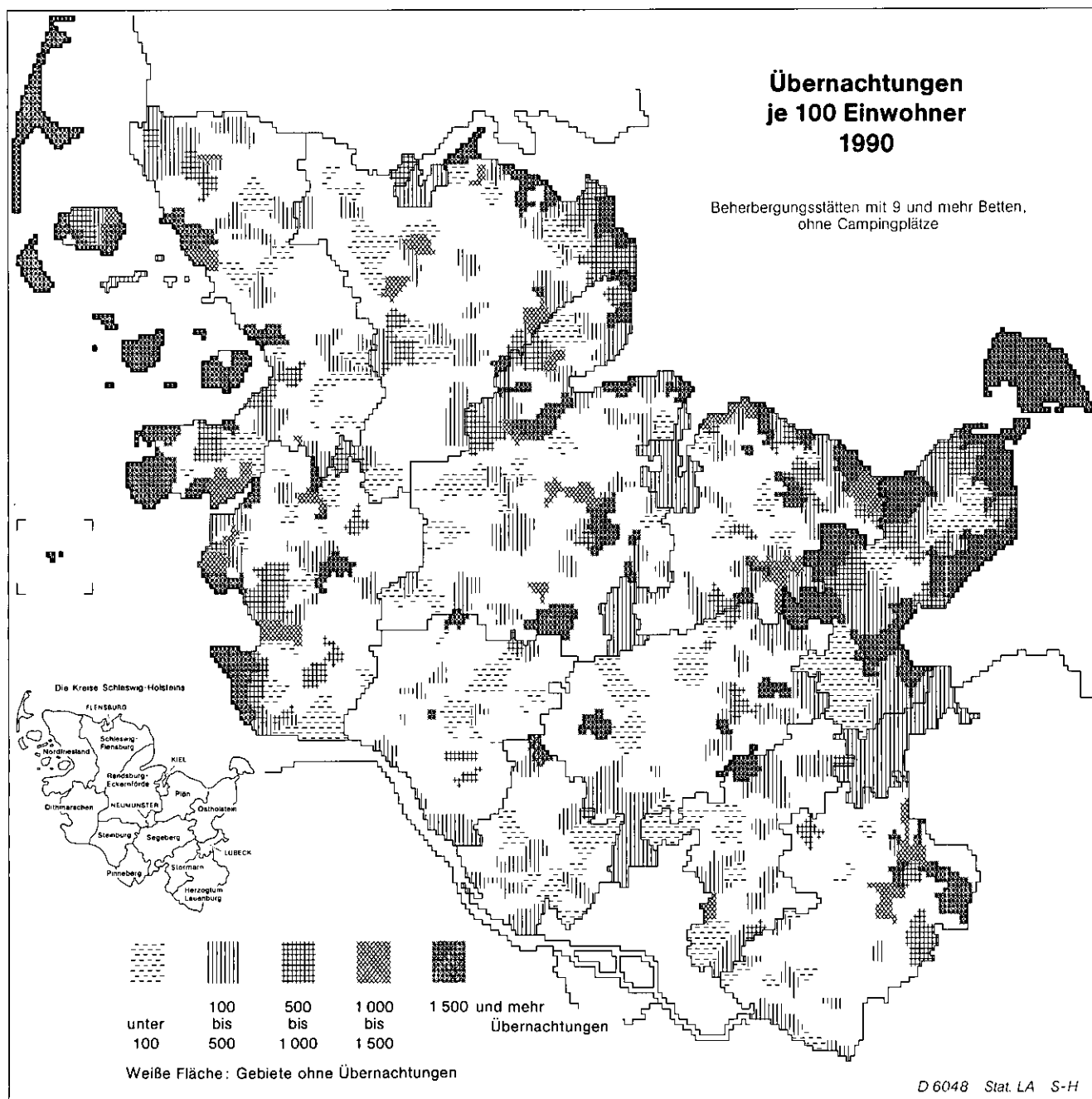
Im Chor der alten Bundesländer ist Schleswig-Holstein das Land mit der höchsten Fremdenverkehrsintensität. Mit 7 473 Übernachtungen je 1 000 Einwohner im Jahre 1990 ist sie noch höher als im anderen wichtigen Haupturlaubsreiseland Bayern. Dabei schließt die so ge-

messene Intensität noch nicht einmal jene vielen Gäste ein, die in kleineren Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen Quartier nehmen oder als Tagesgäste in Sonne, Wind und Wasser Erholung oder bei landestypischer Kultur Entspannung finden.

D 6046 Stat. LA S-H



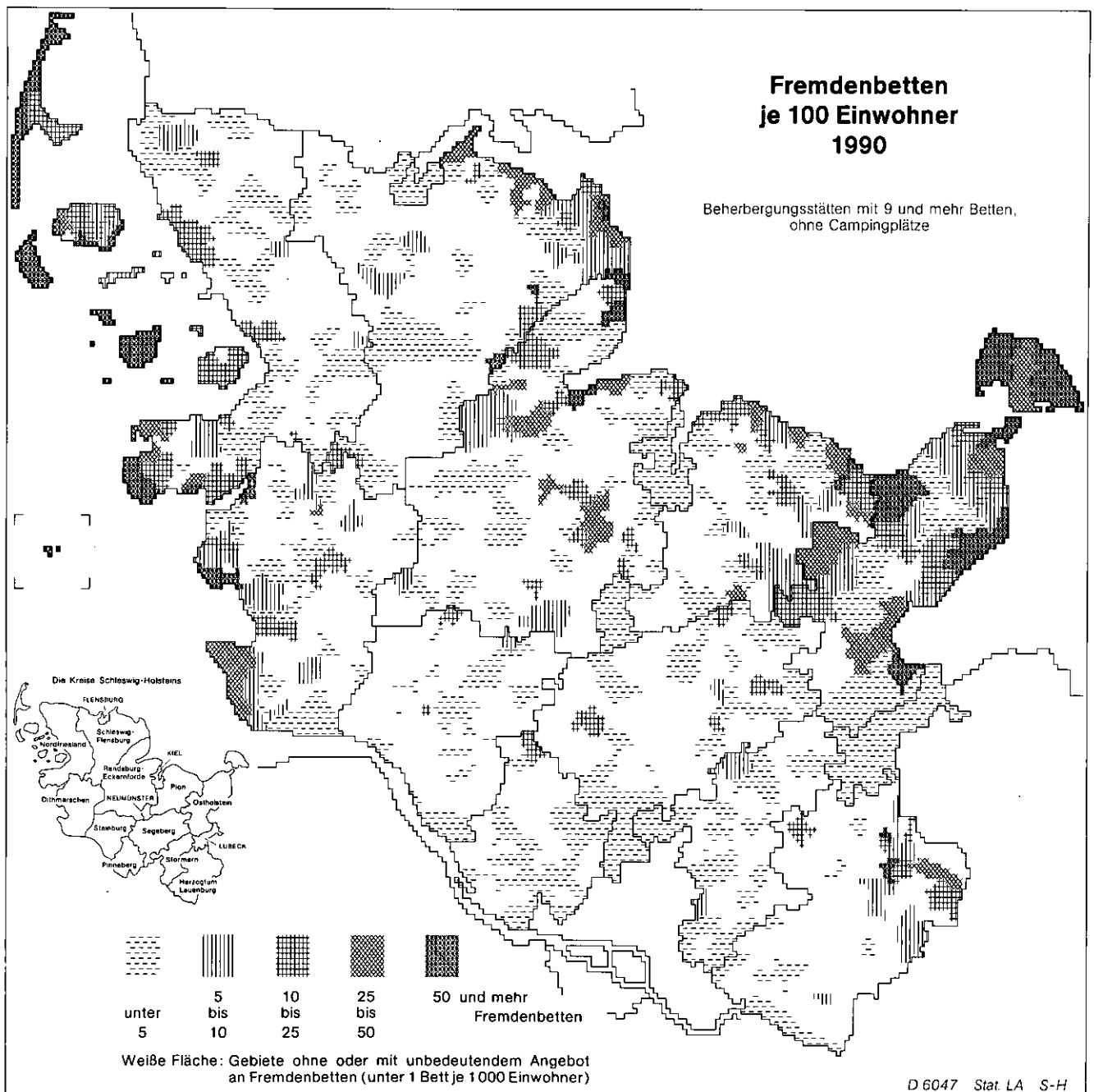




Fremdenverkehr löst kräftige Wertschöpfungseffekte aus — selbst noch in nachgelagerten Branchen. Dabei verteilen sich diese Effekte nicht gleichmäßig über das Land. Teilt man etwa die Fläche des Landes zwischen den Meeren rein rechnerisch nach Inseln und Festland auf, so ist die Intensität des Wertschöpfung auslösenden Fremdenverkehrs auf den Inseln um das Zwanzigfache höher als im Binnenland. Diese schon krassen Unterschiede bleiben innerhalb der Reisegebiete erhalten, als es hier Gemeinden ohne statistisch

nachgewiesenen Reiseverkehr und solche Gemeinden gibt, wo der Fremdenverkehr zur tragenden Säule des wirtschaftlichen Lebens überhaupt geworden ist.

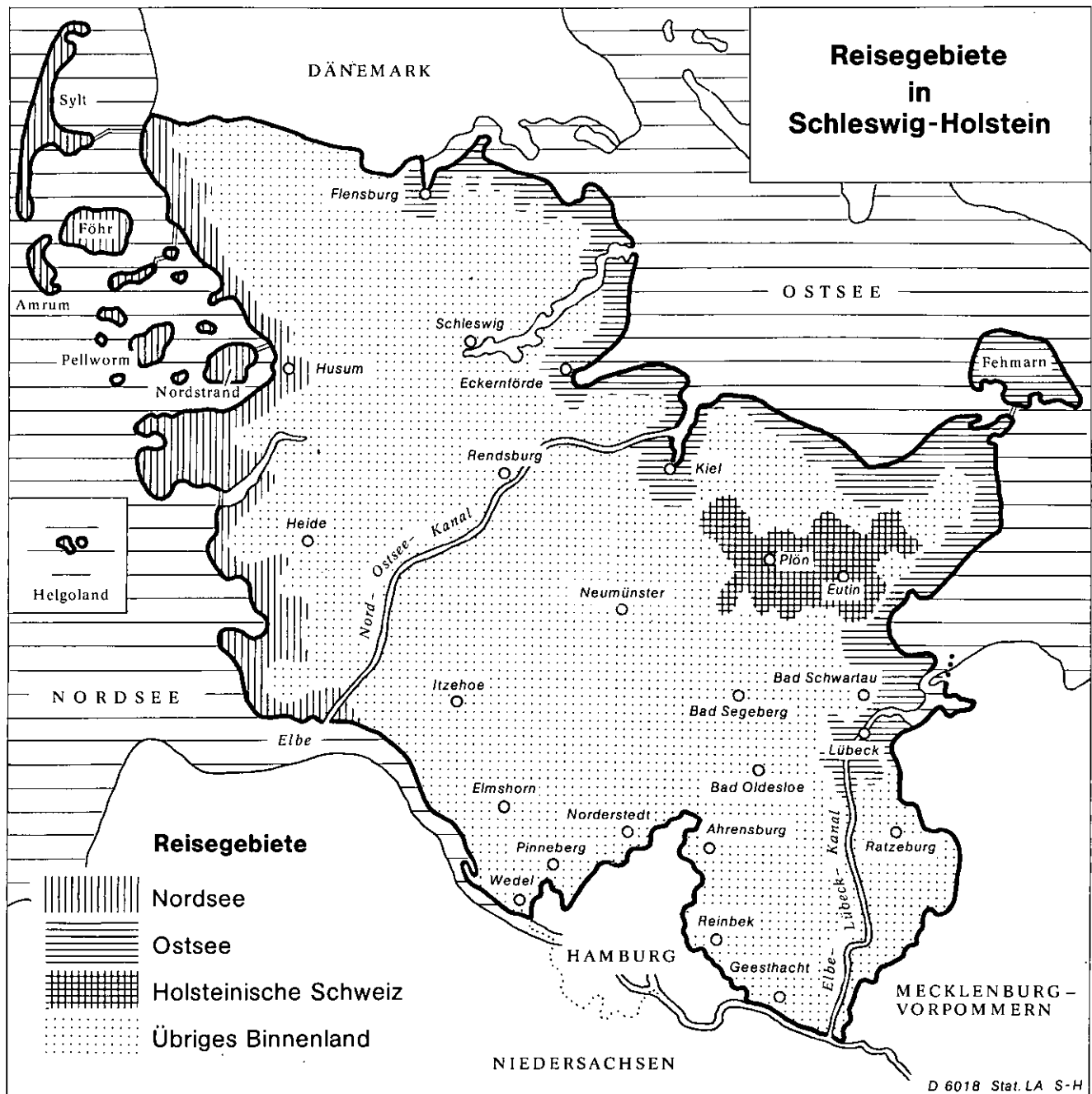
Die Darstellung solcherart räumlich fein verteilter statistischer Befunde gelingt am ehesten mit Hilfe thematischer Karten, deren kleinste räumliche Einheit die Gemeinde bildet. Die folgenden Karten wollen daher Aspekte des Fremdenverkehrs jeweils für die 1 131 Gemeinden des Landes abbilden.



Die beiden ersten Karten zeigen die auf die jeweilige Einwohnerzahl der Gemeinden bezogenen Verhältnisse für das Jahr 1990 auf.

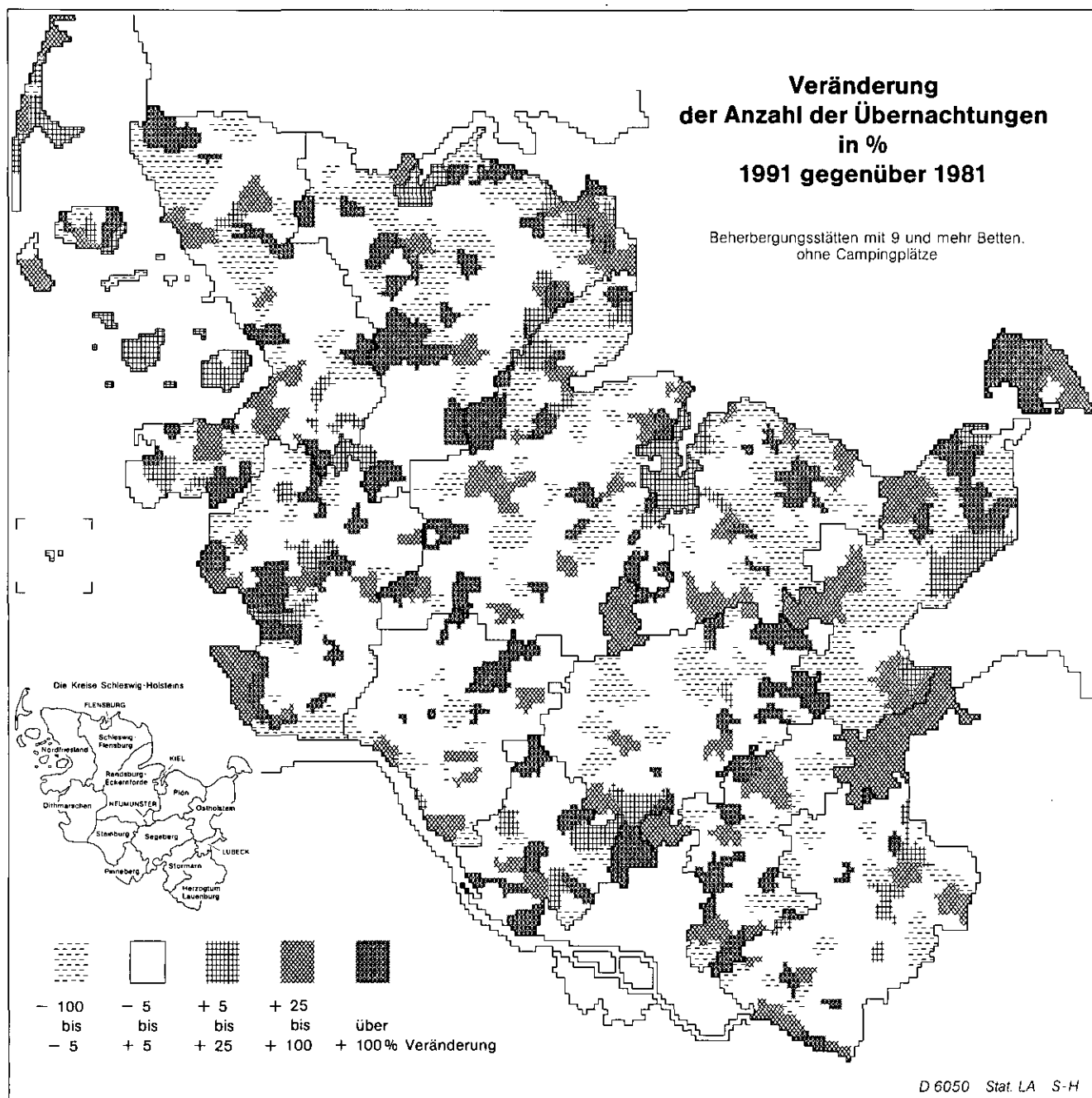
Nachfrageseitig wird das von den Gästen erbrachte Übernachtungsaufkommen und angebotsseitig die Zahl der vorhandenen Fremdenbetten benutzt. Die weißen Flächen bilden Gemeinden ab, für die keine Übernachtungen oder kein Angebot an Fremdenbetten statistisch nachgewiesen werden konnte. Diese Flächen konzen-

trieren sich auf das Binnenland. Während die Nord- und Ostsee begleitenden Gemeindeflächen traditionell den Hauptstrom des Fremdenverkehrs binden, so bildeten sich auch im Binnenland Räume stärkerer Fremdenverkehrsintensität heraus. Neben der Holsteinischen Schweiz sind hier vorrangig zu nennen das Gebiet der Schlei, die Täler von Eider und Sorge wie die Einzugsbereiche der Naturparks Hüttener Berge, Westensee, Aukrug und Lauenburgische Seen.



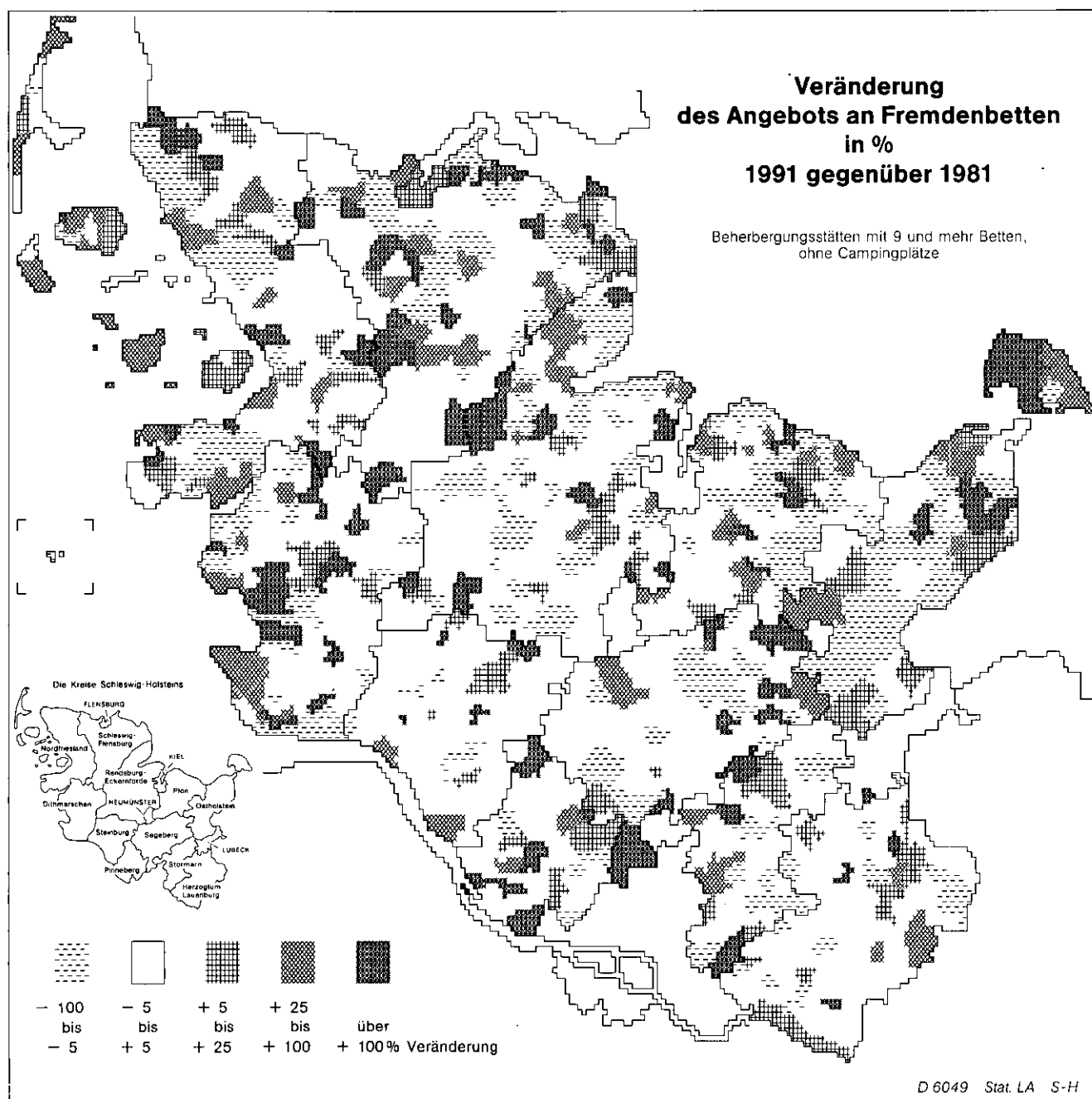
Im Zehnjahresvergleich von 1981 zu 1991 erfreute sich das Land an einem Übernachtungsplus von 17,5 % in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten. Dazu trug das Reisegebiet Nordsee mit einem Plus von 19,0 %, das der Ostsee mit 15,9 % und das verbindende Binnenland mit 18,3 % bei. Rechnet man aus dem Wert für das gesamte Binnenland jenen für die Holsteinische Schweiz heraus, so stellt sich für den verbleibenden Teil gar ein Wert ein, der um ein Viertel höher ist als noch 1981.

Die beiden nachfolgenden Karten zu Veränderungen des touristischen Angebots und seiner Nachfrage binnen zehn Jahren brechen diesen statistischen Befund räumlich bis hin zur Gemeinde auf. Anders als bei den Karten zur Fremdenverkehrsintensität fehlt hier ein ausgeprägtes Muster, das hohe Schwärzungsgrade von Flächen an die Küstenlinie von Nord- und Ostsee bindet. Vielmehr drängt sich das Bild einer eher zufälligen Verteilung von Gebieten auf, die entweder Wachstum des Fremdenverkehrs erlebten, wo dieser stagnierte



oder wo er zurückging. Die Karte stützt daher nicht die Annahme, daß ein vergleichsweise starkes Wachstum des Angebots an Fremdenbetten oder der Übernachtungszahlen überwiegend auf die Küstenregionen beschränkt bleibt. Gleichermäßen hohe prozentuale Zuwächse weisen die Karten auch für Gebiete des Binnenlandes aus, etwa für das unmittelbare Umland Hamburgs. Letzteres ist allerdings ein Gebiet mit vergleichsweise geringem Reiseverkehr überhaupt. Schleswig-Holstein ist ein klassisches Reisegebiet für

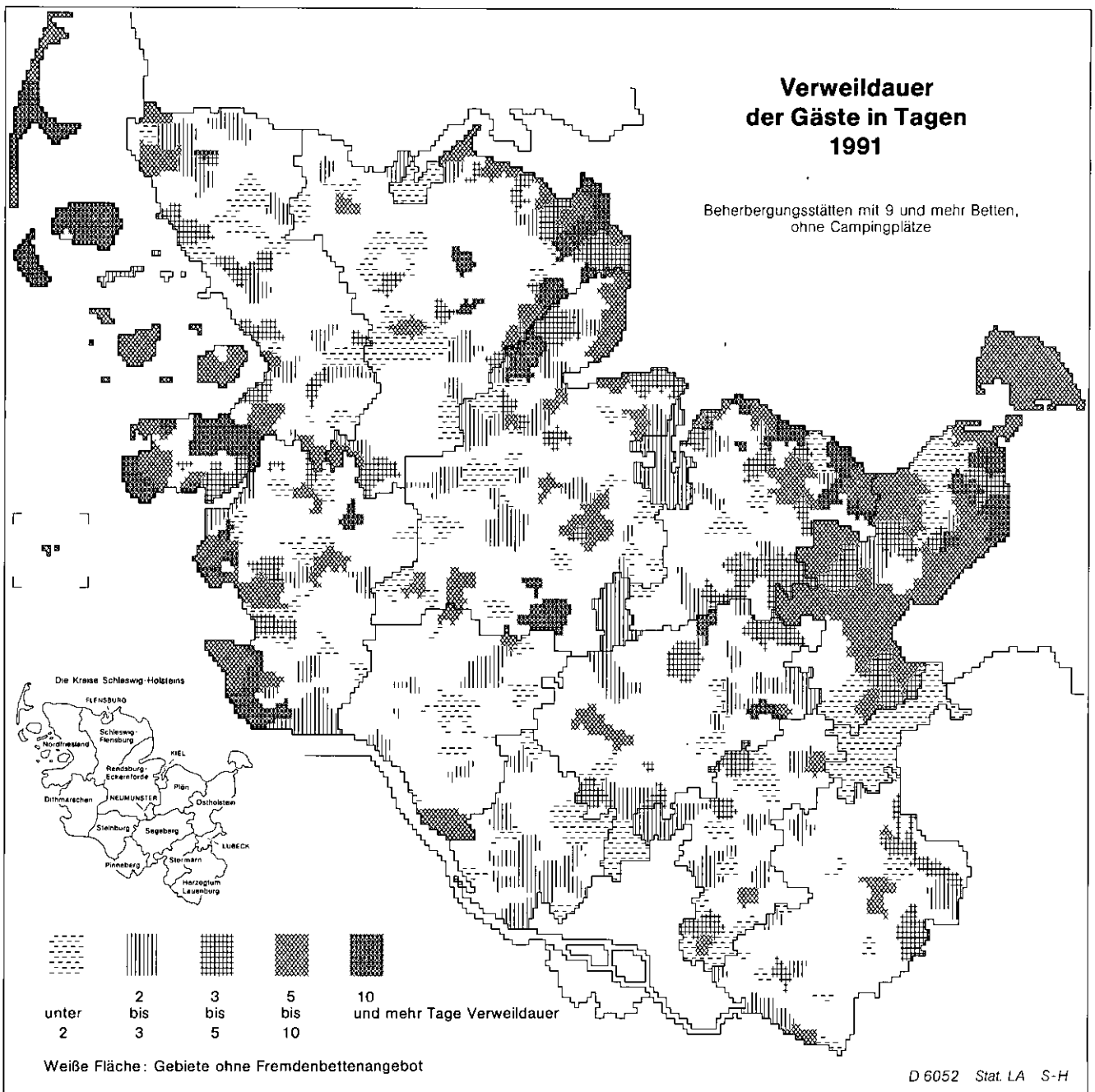
die Haupturlaubsreise, ein Ziel für die großen Ferien wie den Familienurlaub mit Kindern. Entsprechend lange verweilen die Gäste hier. Mit 5,1 Tagen errechnete sich 1991 die durchschnittliche Verweildauer der Gäste. Das ist ein Spitzenwert für ein Bundesland, da diese Rechengröße aus Anzahl der Gästeübernachtungen dividiert durch die Zahl der angekommenen Gäste selbst recht unterschiedliche Reisegewohnheiten meßbar zusammenfaßt. Neben Daten der Haupturlaubsreise selbst gehen hier etwa auch solche von meist recht kurzen Ge-



schäftsreisen, von Kurz- oder Wochenendaufenthalten und von Reisen aus vielen anderen Anlässen ein.

Fast doppelt so hoch wie an der Ostsee oder in der Holsteinischen Schweiz ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste an der Nordsee, insbesondere in den prädikatisierten Nordseebädern. Die Karte, die entsprechende Werte für die Gemeinden in unterschiedliche Schraffuren umsetzt, bestätigt und präzisiert diese Aussage. Danach ist die marschengeprägte Festlands-

küste hinter den Hochseedeichen Nordfrieslands nördlich der Insel Eiderstedt eher durch Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Aufenthaltsdauer der Gäste geprägt. Die Ostseeküste und die Gemeinden an der Schlei wie in der Holsteinischen Schweiz weist die Schraffur als typische zusammenhängende Urlaubsgebiete aus mit entsprechend großer Verweildauer der Feriengäste. Die größeren Städte des Landes empfehlen sich dagegen eher als Anlaufpunkte des Geschäfts- und Durchreiseverkehrs und sind — wie erwartet — als

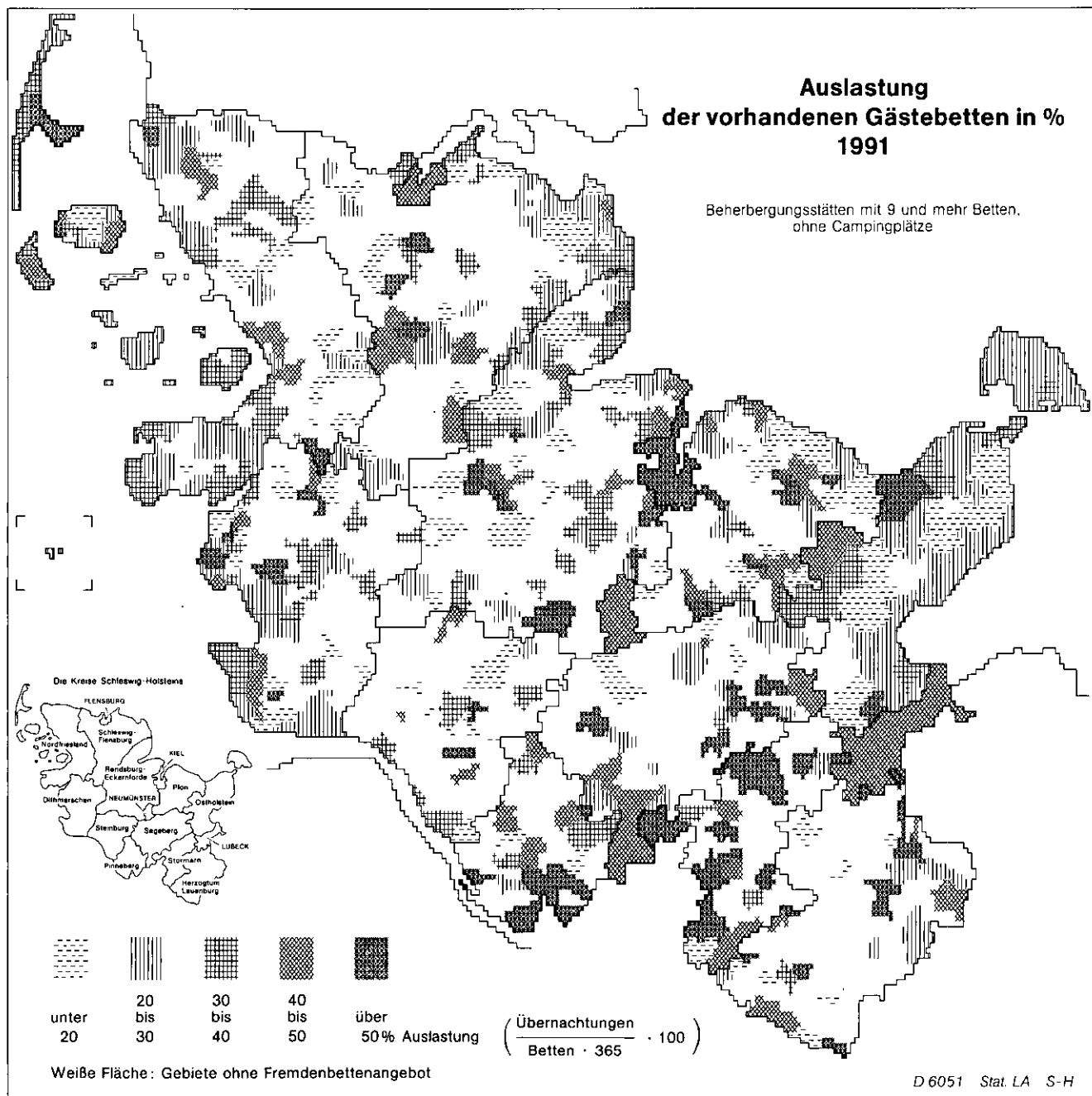


Gebiete mit geringerer Verweildauer der Gäste ausgewiesen.

Die Auslastung vorhandener Fremdenbetten beeinflusst etwa den Übernachtungspreis, die Ausstattung der Zimmer wie die Kontinuität und Güte des Zimmerservices und sichert letztlich auch die Rentabilität der Beherbergungsstätte selbst. Eine hohe Auslastung der Gästebetten ist in diesem Zusammenhang eher vorteilhaft. 1991 betrug die durchschnittliche Auslastung aller

Fremdenbetten und Schlafgelegenheiten des Landes in Betrieben mit 9 und mehr Betten 42,1 %.

Wegen der extrem ausgeprägten saisonalen Entwicklung der Auslastung mit sommerlichen Spitzenwerten und mäßiger Auslastung in den Wintermonaten ist die jahresdurchschnittliche Auslastung der Fremdenbetten des Landes geringer als in den alten Bundesländern zusammen. An der Nordsee betrug sie 42,6 %, an der Ostsee 40,5 %.



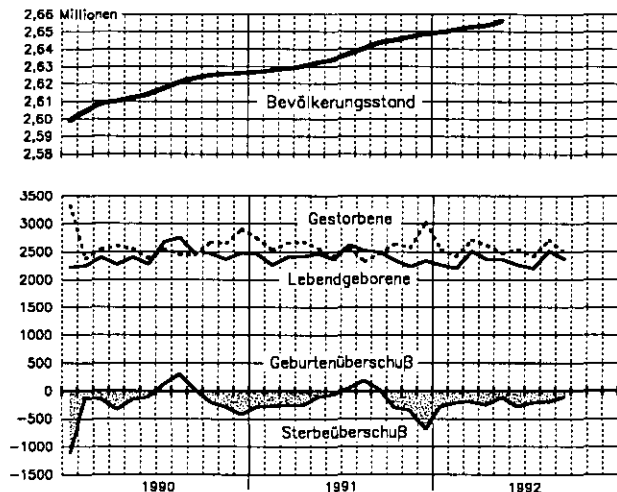
Gebiete mit hoher Fremdenverkehrsintensität an Nord- und Ostsee sind eher selten auch mit hohen Auslastungen ihrer Bettenkapazitäten gesegnet. Die größeren Städte des Landes und jene Gemeinden im unmittelbaren Umland Hamburgs mit relativ geringen Kapazitäten können hier eine bessere Rechnung aufmachen.

Diese Auslastung der vorhandenen Gästebetten errechnet sich als Quotient der gezählten Übernachtungen des Jahres 1991 in einer Gemeinde und der Anzahl

möglicher Übernachtungen im gleichen Zeitraum. Letztere ist wertgleich mit dem Produkt aus der Anzahl vorhandener Fremdenbetten in der Gemeinde und der Anzahl der Tage eines Jahres. Es ist also die Absicht unterstellt, das Gästebett ganzjährig zu vermieten. Wird ein Bett nur in der Saison angeboten, wäre der Quotient auch bei völliger Auslastung immer kleiner als 100 %.

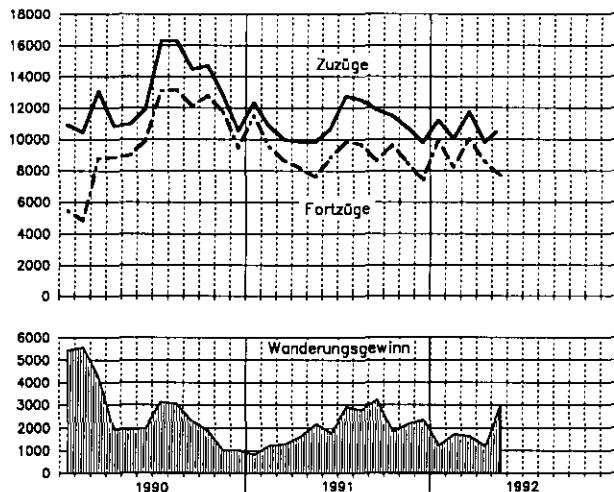
Gerd Scheel

Bevölkerungsstand

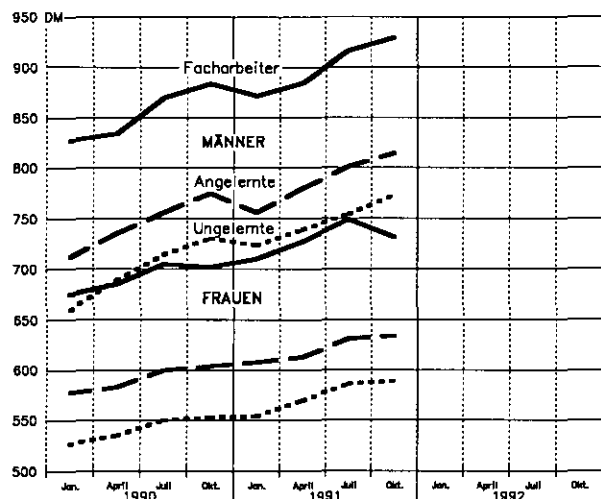


Bevölkerungsveränderung

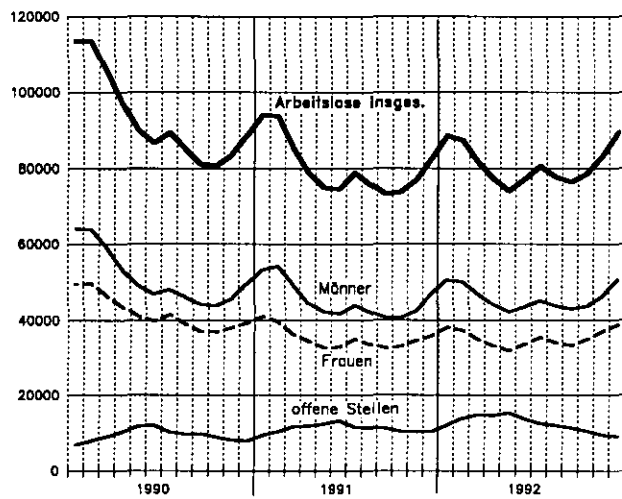
D 6009 - A Stat. LA S-H



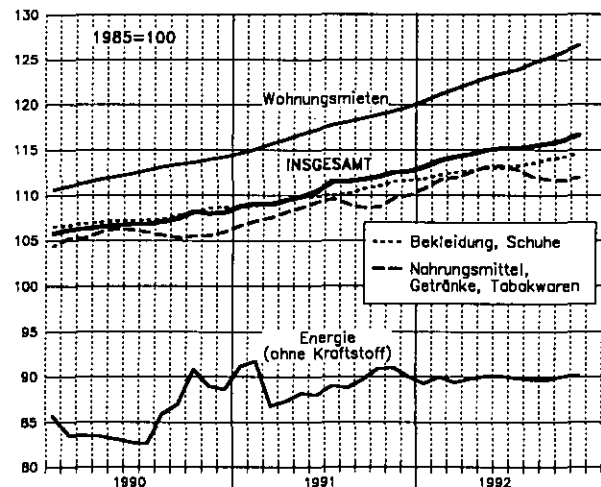
Bruttowochenverdienste



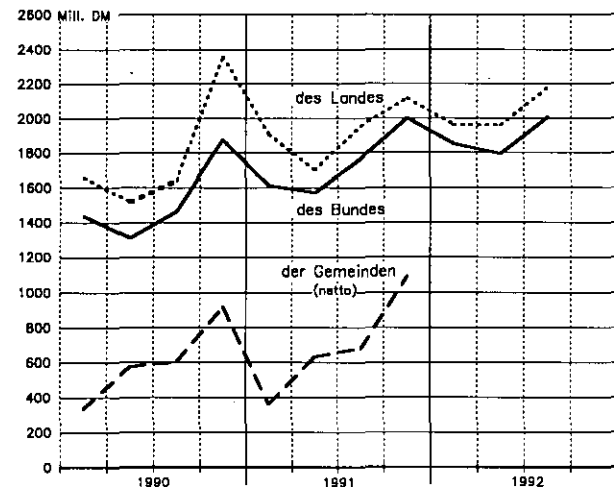
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



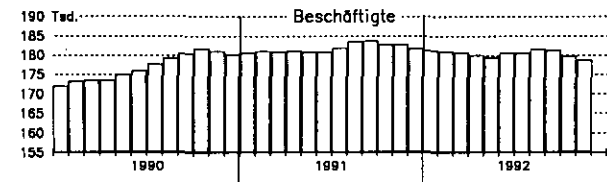
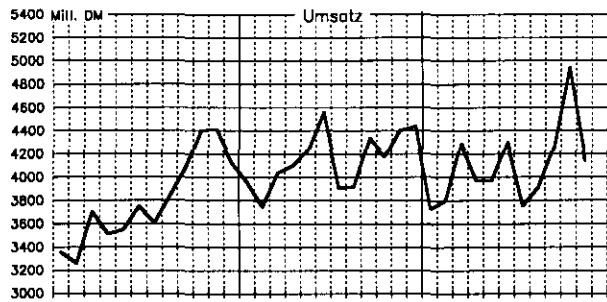
Steuereinnahmen





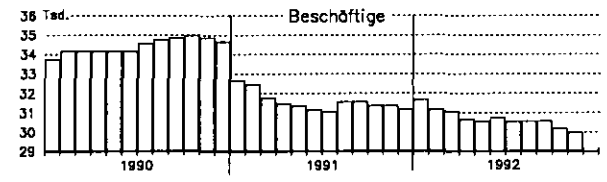
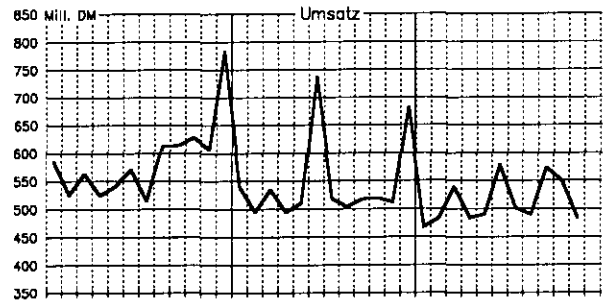
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

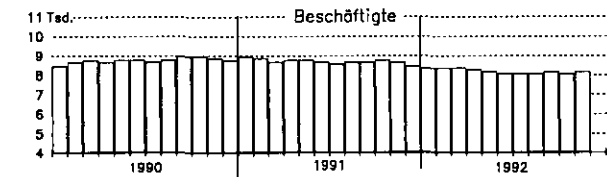
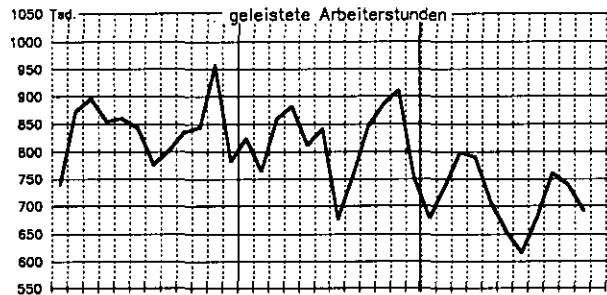


darunter Maschinenbau

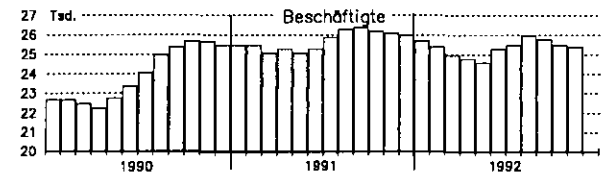
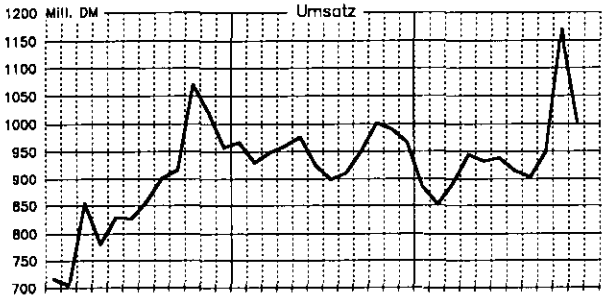
D 6010 - B Stat. LA S-H



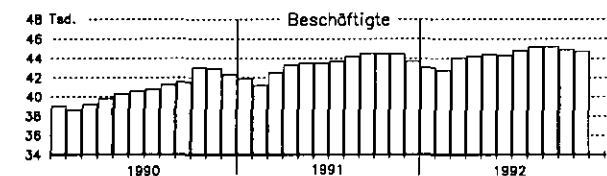
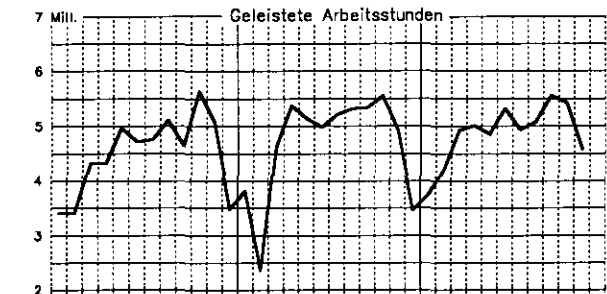
darunter Schiffbau



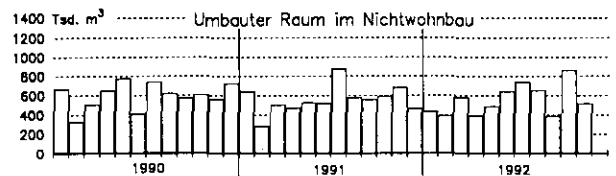
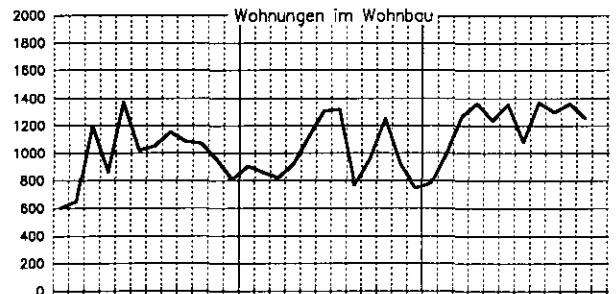
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe

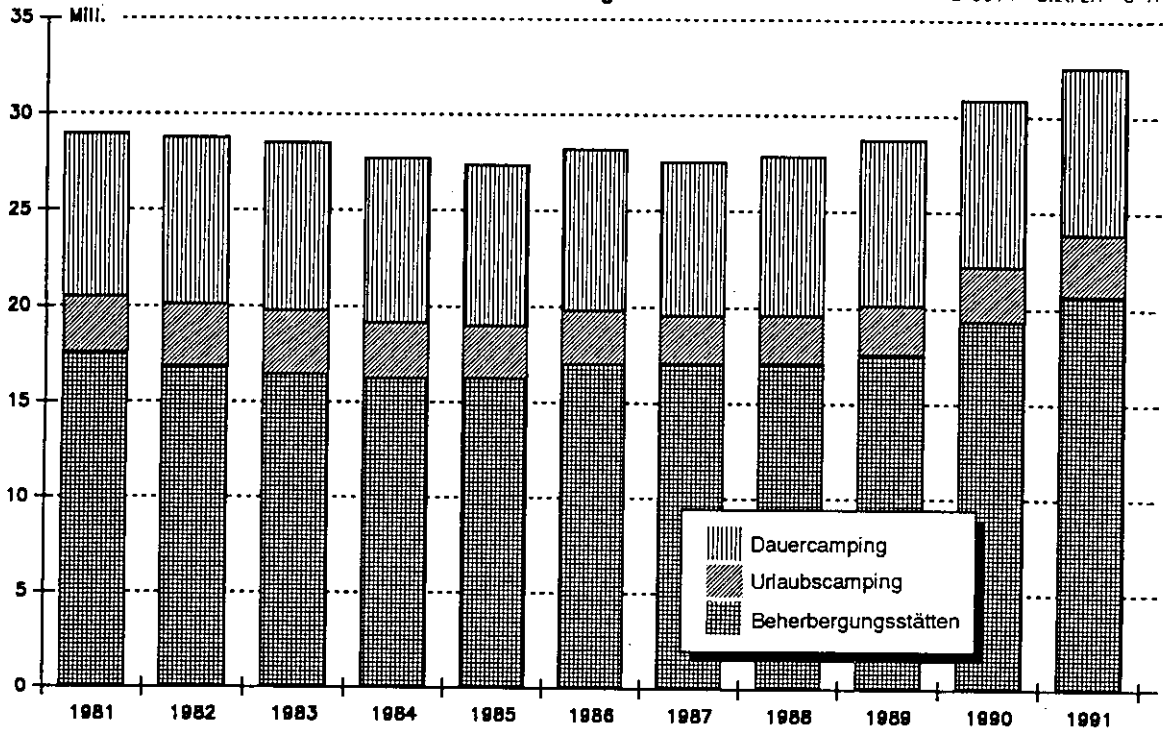


Baugenehmigungen



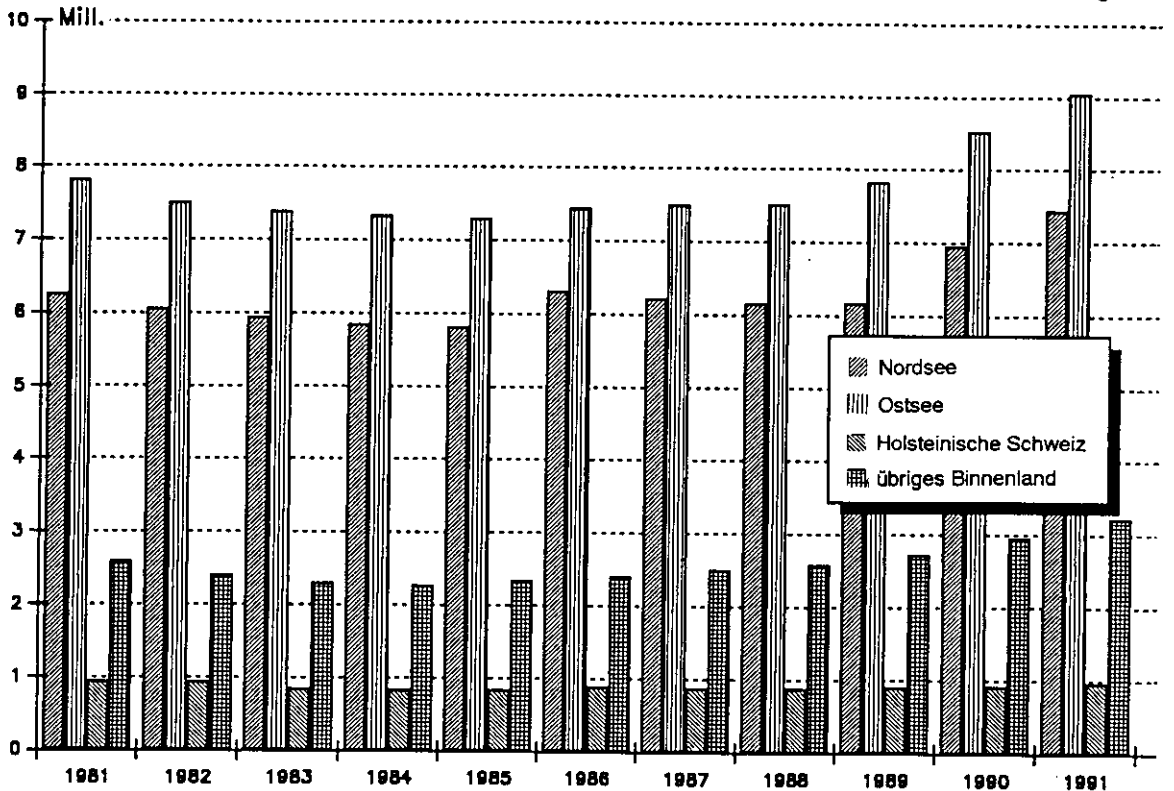
Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten und auf Campingplätzen  
In Schleswig-Holstein

D 6014 Stat. LA S-H



D 6015 Stat. LA S-H

Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten  
In Schleswig-Holstein nach dem Reisegebiet



Entnommen aus: Stat. Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 6/92, S. 119 und 123

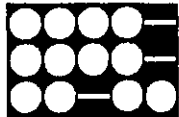
# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

44. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis 1992

<b>A: Grafik</b>	<b>Heft</b>	<b>Heft / Seite</b>
Landeshaushalt 1992	1	
Die Landtagswahl am 5. April 1992	10	
<b>B: Titelverzeichnis</b>		
<b>Ackerland 1992; Anbau auf dem - Agrarstatistik; 40 Jahre - Allgemeine Sterbetafeln 1986/87 für Schleswig-Holstein</b>	9 / 188 4/5 / 84 1 / 3	
<b>Berufsfeld Statistiker im Statistischen Landesamt; Das - Besteuerung 1986 bis 1990; Die Umsätze und ihre Bodennutzungshaupterhebungen seit 1949 - ein Überblick</b>	4/5 / 100 9 / 175 11 / 216	
<b>Buchbesprechung: Die zehn Gebote der amtlichen Statistik</b>	11 / 224	
<b>Buchbesprechung: 125 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein</b>	12 / 242	
<b>Diagnosen: Von der Landes- zur Bundesstatistik</b>	4/5 / 108	
<b>Fachoberschulen in Schleswig-Holstein</b>	12 / 235	
<b>Fremdenverkehr 1991</b>	6 / 116	
<b>Gehälter in Industrie und Handel; Löhne und - Grüßworte</b>	9 / 184 4/5 / 79	
<b>Industrie und Handel; Löhne und Gehälter in - Insolvenzen auch Anfang 1992 rückläufig</b>	9 / 184 8 / 167	
<b>Kriegsopferfürsorge</b>	1 / 10	
<b>Landtagswahl am 5. April 1992; Die - Landwirtschaftsstatistiken in den neuen Bundesländern; Einführung der - Löhne und Gehälter in Industrie und Handel</b>	10 / 195 4/5 / 88 9 / 184	
<b>Mecklenburg-Vorpommern; Der Aufbau des Statistischen Landesamtes -</b>		4/5 / 94
<b>Personalausgaben der Länder und der Kommunen 1990</b>		8 / 169
<b>Produktionsanstieg im Verarbeitenden Gewerbe</b>		1 / 13
<b>Reden: Statistisches Landesamt unter neuer Leitung</b>		12 / 231
<b>Regionalisierung des Zentralstaates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Die - Revision 1991 der Volkswirtschaft- lichen Gesamtrechnungen</b>		2 / 20 8 / 160
<b>Schleswig-Holstein im Jahre 1991</b>		3 / 41
<b>Schulden 1990; Öffentliche -</b>		6 / 129
<b>Schulden 1991; Öffentliche -</b>		8 / 170
<b>Sprache; Nichts ist außer durch - Sterbetafeln 1986/87 für Schleswig-Holstein; Allgemeine -</b>		4/5 / 105 1 / 3
<b>Umsätze und ihre Besteuerung 1986 bis 1990; Die -</b>		9 / 175
<b>Umweltökonomische Gesamtrechnung; Konzeption für eine -</b>		7 / 136
<b>Umweltökonomische Gesamtrechnung in Schleswig-Holstein; Erste Ansätze zu einer -</b>		7 / 143
<b>Umweltökonomische Gesamtrechnung; Zur einheitlichen Gruppierung von Gütern der Produktion, des Außenhandels und des Verkehrs</b>		7 / 153
<b>Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1991</b>		8 / 166
<b>Verarbeitenden Gewerbe; Produktionsanstieg im - Verarbeitendes Gewerbe 1991; Unternehmen des -</b>		1 / 13 8 / 166
<b>Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Die Regionalisierung des Zentralstaates in den -</b>		2 / 20
<b>Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Revision 1991 der -</b>		8 / 160

<b>C: Schlagwortverzeichnis</b>		<b>Heft / Seite</b>	<b>Heft / Seite</b>	
Ackerland		9 / 188	Naturräumliche Gliederung	11 / 222
Agrarstatistik		4/5 / 84	Öffentliche Schulden	6 / 129, 8 / 170
Amtsleiterwechsel		12 / 231	Personalkosten	8 / 169
Arbeitslose		3 / 45	Preisentwicklung	3 / 73
Arbeitszeiten		3 / 74	Preisindex	3 / 73
Auftragseingänge, Verarbeitendes Gewerbe		3 / 54	Reisegebiete	6 / 117
Ausbaugewerbe		3 / 60	Revision 1991 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	8 / 160
Ausfuhr		3 / 61	Rohstoffverbrauch	7 / 153
Außenhandel		3 / 61	Schlachtungen	3 / 52
Baugenehmigungen		3 / 60	Schulden, Öffentliche	6 / 129, 8 / 170
Bauhauptgewerbe		3 / 58	Schulen	3 / 43
Berufsbild Statistiker		4/5 / 100	Sozialprodukt	2 / 32
Beschäftigte, Landwirtschaft		3 / 48	Sprache	4/5 / 105
Verarbeitendes Gewerbe		3 / 54, 3 / 57	Staatsquote	2 / 34
Versicherungspflichtig		3 / 46	Staatsverbrauch	2 / 30
Betriebe, Landwirtschaft		3 / 48	Sterbefafeln	1 / 3
Bevölkerung		3 / 42	Steuern	3 / 72
Bildungswesen		12 / 236	Steuerpflichtige	9 / 181
Bodennutzung		3 / 49, 11 / 216	Straßenverkehrsunfälle	3 / 71
Bruttoinlandsprodukt		2 / 32, 8 / 161	Tierische Produktion	3 / 52
Bruttowertschöpfung		2 / 28, 8 / 162	Übernachtungen 1991	3 / 68
Buchbesprechung		11 / 224, 12 / 242	Umsatz, Verarbeitendes Gewerbe	3 / 55
Diagnosestatistik		4/5 / 108	Wirtschaftsbereiche	9 / 180
Einfuhr		3 / 62	Umsatzsteuer	9 / 175
Einzelhandel		3 / 65	Umweltökonomische Gesamtrechnung, Konzeption	7 / 136
Erträge, Ernten		3 / 49	Erste Ansätze	7 / 143
Fachoberschulen		12 / 235	Unfälle	3 / 71
Fremdenverkehr		3 / 68, 6 / 116	Unternehmen, Verarbeitendes Gewerbe	8 / 166
Gastgewerbe		3 / 67	Verarbeitendes Gewerbe	1 / 13, 3 / 53, 8 / 166
Gehälter		9 / 184	Verbraucherpreise	3 / 73
Großhandel		3 / 65	Verdienste	3 / 74
Grußworte		4/5 / 79	Verkehr	3 / 69
Handel		3 / 61	Versicherungspflichtig Beschäftigte	3 / 46
Hochschulen		3 / 44	Viehbestände	3 / 51
Insolvenzen		3 / 72, 8 / 167	Viehhalter	3 / 51
Kraftfahrzeuge		3 / 69	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Regionalisierung des Zentralstaates	2 / 20
Kriegsopferfürsorge		1 / 10	Revision 1991	8 / 160
Landeshaushalt		1 / 8	Wachstum	3 / 75
Landtagswahl 1992		10 / 195	Wahl, Landtag	10 / 195
Landwirtschaft		3 / 48	Warenverkehr	3 / 64
Landwirtschaftsstatistik		4/5 / 88	Wirtschaftliches Wachstum	3 / 75
Löhne, Verarbeitendes Gewerbe		3 / 54	Wirtschaftsentwicklung, Verarbeitendes Gewerbe	3 / 53
Industrie und Handel		9 / 184	Wohnen	3 / 58
Milcherzeugung		3 / 53		



<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

## **Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein**

# Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>					
		November 1992		Januar bis November 1992	
Beschäftigte	1 000	179	- 2,3	181	- 0,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	16	- 6,9	16	- 3,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	1 038	+ 5,5	792	+ 5,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 140	- 6,0	4 080	- 1,1
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 271	- 4,7	3 220	- 2,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	870	- 10,6	861	+ 3,1
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 401	+ 5,9	2 315	+ 0,8
aus dem Inland	Mill. DM	1 504	- 8,5	1 662	+ 0,2
aus dem Ausland	Mill. DM	897	+ 43,8	654	+ 2,1
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	.	.
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>2)</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	45	+ 0,6	44	+ 2,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 6,9	5	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	253	+ 11,8	162	+ 9,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	674	+ 11,9	525	+ 6,9
Auftragseingang <sup>3)</sup>	Mill. DM	314	+ 22,2	319	+ 11,0
<b>BAUGENEHMIGUNGEN<sup>4)</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	1 254	+ 37,0	1 215	+ 19,9
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	521	- 24,3	559	- 2,3
<b>EINZELHANDEL</b>					
		Oktober 1992		Januar bis Oktober 1992	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	147,9	+ 4,6	139,3	+ 1,9
<b>GASTGEWERBE</b>					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	123,1	+ 1,3	131,6	+ 3,9
<b>FREMDENERKEHR<sup>5)</sup></b>					
Ankünfte	1 000	378	+ 2,8	373	+ 2,7
Übernachtungen	1 000	1 820	+ 6,7	2 064	+ 6,7
<b>ARBEITSMARKT</b>					
		November 1992		Januar bis November 1992	
Arbeitslose	Anzahl	83 318	+ 8,2	80 222	- 0,5
Kurzarbeiter	Anzahl	14 575	+ 247,5	9 753	+ 87,5
Offene Stellen	Anzahl	9 440	- 7,5	12 762	+ 14,8
<b>AUSSENHANDEL</b>					
		September 1992		Januar bis September 1992	
Ausfuhr	Mill. DM	942,6	- 9,5	1 051,1	+ 3,2

Fußnoten nächste Seite

# Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bfs Dez. 1991	Dez. 1991	Jan. 1992	Febr. 1992	März 1992	April 1992	Mai 1992	Juni 1992	Juli 1992	Aug. 1992	Sept. 1992	Oktober 1992	Nov. 1992
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>														
Beschäftigte	Land	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,0	- 1,4	- 1,6	- 2,3
	Bund	+ 1,4	- 0,2	- 0,7	- 1,1	- 1,3	- 1,6	- 1,9	- 2,0	- 2,5	- 2,7	- 3,0	...	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 1,8	+ 0,1	- 2,0	+ 1,0	+ 2,4	- 4,1	- 5,8	- 2,8	- 3,4	- 3,9	- 1,6	- 4,7	- 6,9
	Bund	- 0,5	- 1,1	- 4,5	- 1,2	+ 2,4	- 5,4	- 3,1	- 4,6	- 5,4	- 6,2	- 2,5	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,0	+ 6,8	+ 7,0	+ 6,8	+ 7,1	+ 5,6	- 1,2	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 3,5	+ 5,5
	Bund	+ 7,3	+ 7,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 6,1	+ 4,8	- 0,3	+ 2,6	+ 6,0	+ 2,9	+ 3,9	...	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 9,3	+ 7,8	- 5,7	+ 1,5	+ 6,4	- 3,1	- 6,3	- 5,7	- 3,9	- 0,1	- 1,7	r+ 14,1	- 6,0
	Bund	+ 6,9	+ 5,0	+ 0,2	+ 4,4	+ 6,7	- 1,2	+ 1,5	- 0,6	- 0,6	- 2,3	+ 3,6	...	...
Inlandsumsatz	Land	+ 12,2	+ 8,8	- 4,6	+ 0,9	+ 1,3	- 1,6	- 5,1	- 5,8	- 5,2	- 2,5	+ 0,5	r+ 3,9	- 4,7
	Bund	+ 10,6	+ 4,7	- 0,1	+ 4,4	+ 5,5	- 1,2	+ 1,0	- 1,1	- 1,1	- 2,1	+ 3,6	...	...
Auslandsumsatz	Land	- 0,8	+ 4,2	- 10,2	+ 3,8	+ 27,5	- 9,6	- 10,5	- 5,4	+ 2,4	+ 9,9	- 10,3	r+ 57,7	- 10,6
	Bund	- 1,8	+ 5,3	- 0,4	+ 3,2	+ 8,9	- 1,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,0	- 2,8	+ 3,7	...	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 2,8	+ 0,2	- 14,8	+ 6,2	+ 16,4	+ 0,3	- 16,6	+ 11,1	- 2,1	+ 9,7	+ 3,9	- 5,8	+ 5,9
	Bund	+ 2,3	+ 1,0	- 1,9	+ 5,6	+ 5,8	- 2,4	- 1,1	- 2,9	- 4,4	- 7,0	+ 0,1	- 9,3	...
aus dem Inland	Land	+ 9,9	+ 2,0	- 16,2	+ 11,4	+ 12,0	- 1,5	- 4,7	+ 16,2	- 0,5	+ 1,2	+ 4,3	- 5,9	- 8,5
	Bund	+ 6,2	+ 0,4	- 1,8	+ 5,7	+ 3,6	- 2,9	- 0,6	- 4,0	- 2,8	- 6,0	+ 1,4	- 7,0	...
aus dem Ausland	Land	- 11,9	- 4,0	- 10,3	- 4,9	+ 28,1	+ 5,2	- 35,5	- 2,3	- 6,3	+ 36,9	+ 2,6	- 5,6	+ 43,8
	Bund	- 5,0	+ 2,4	- 2,1	+ 5,4	+ 10,5	- 1,4	- 2,0	- 0,6	- 7,3	- 9,2	- 2,6	- 13,8	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 1,6	-----	'-----	+ 1,5	-----	'-----	- 6,7	-----	'-----	+ 11,2	-----	.	.
	Bund	+ 0,3	-----	'-----	- 4,8	-----	'-----	- 4,6	-----	'-----	- 1,6	-----	.	.
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>2)</sup></b>														
Beschäftigte	Land	+ 4,1	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,6
	Bund	+ 2,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,4	- 0,7	+ 0,5	- 0,1	- 0,6	- 0,6	p- 0,6	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 1,5	- 0,7	- 2,1	+ 77,5	+ 6,3	- 6,8	- 5,6	+ 6,8	- 5,4	- 4,6	+ 4,0	- 2,1	- 6,9
	Bund	- 1,2	+ 3,0	- 6,0	+ 46,1	+ 2,5	- 5,7	+ 0,3	+ 0,1	- 4,1	- 3,4	p+ 3,0	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 11,0	+ 8,9	+ 5,6	+ 46,0	+ 11,5	+ 1,2	+ 1,8	+ 14,9	+ 11,3	+ 5,2	+ 11,0	+ 0,5	+ 11,8
	Bund	+ 8,8	+ 13,1	+ 5,4	+ 30,7	+ 10,7	+ 1,1	+ 1,9	+ 11,6	+ 7,6	+ 4,0	p+ 8,8	...	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 8,3	+ 6,9	- 13,7	+ 20,3	+ 21,3	+ 6,8	+ 7,7	+ 12,5	+ 8,1	+ 0,4	+ 4,6	+ 0,7	+ 11,9
	Bund	+ 10,9	+ 11,8	+ 10,3	+ 30,8	+ 25,2	+ 11,2	+ 11,1	+ 8,7	+ 5,6	+ 10,4	...	...	...
Auftragseingang <sup>3)</sup>	Land	+ 2,2	+ 2,3	+ 13,3	+ 30,7	+ 5,0	+ 8,3	+ 18,5	+ 20,5	+ 5,2	- 9,6	+ 16,3	+ 3,3	+ 22,2
	Bund	+ 10,5	+ 10,2	+ 11,0	+ 20,0	+ 13,2	+ 7,2	+ 4,0	+ 7,6	+ 3,3	- 2,2	p- 2,7	...	...
<b>BAUGENEHMIGUNGEN<sup>4)</sup></b>														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 0,5	- 7,8	- 14,0	+ 16,0	+ 54,8	+ 48,0	+ 10,4	+ 3,7	- 18,1	+ 79,0	+ 35,3	+ 8,8	+ 37,0
	Bund	p+ 2,7	p+ 2,0	p+ 12,8	p+ 0,5	p+ 33,6	p- 3,9	p+ 27,8	p+ 11,1	p+ 11,9	+ 16,3	...	...	...
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	- 6,4	- 35,4	- 32,3	+ 37,2	+ 14,3	- 16,3	- 6,6	+ 23,6	- 15,5	+ 13,2	- 30,1	+ 45,3	- 24,3
	Bund	p+ 2,3	p- 17,8	p- 12,8	p- 19,9	p+ 14,2	p- 4,9	p- 1,2	p- 2,8	p- 2,4	- 10,9	...	...	...
<b>EINZELHANDEL</b>														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 7,3	+ 2,3	+ 2,7	+ 6,2	- 2,9	+ 6,1	- 3,2	+ 3,1	- 0,4	- 2,6	+ 7,1	+ 4,6	...
	Bund	+ 8,5	+ 2,7	+ 1,8	+ 4,9	- 2,8	+ 1,4	- 2,2	- 1,8	- 2,4	- 3,2	+ 5,6	p+ 0,5	...
<b>GASTGEWERBE</b>														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 4,0	+ 1,6	+ 3,7	+ 11,6	- 7,9	+ 7,1	+ 1,0	+ 11,0	+ 6,0	+ 2,3	+ 3,4	+ 1,3	...
	Bund	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,7	+ 10,3	+ 1,0	+ 1,9	+ 4,5	+ 0,5	+ 1,9	- 0,5	+ 0,8	p+ 2,5	...
<b>FREMDEVENKEHR<sup>5)</sup></b>														
Ankünfte	Land	+ 6,2	+ 8,0	p+ 5,3	p+ 13,4	p- 18,8	p+ 14,0	p- 3,1	p+ 9,5	p- 0,3	p+ 0,4	p+ 3,1	p+ 2,8	...
	Bund	+ 1,5	- 0,3	+ 1,2	+ 8,7	- 2,0	- 0,3	+ 1,7	- 1,1	- 0,4	- 2,3	...	...	...
Übernachtungen	Land	+ 6,9	+ 9,9	p+ 5,5	p+ 10,3	p- 22,6	p+ 26,3	p- 0,3	p+ 15,4	p+ 6,1	p+ 2,9	p+ 8,9	p+ 6,7	...
	Bund	+ 4,1	+ 2,8	+ 2,8	+ 5,9	- 5,2	+ 5,8	- 0,3	+ 0,8	+ 0,2	- 2,0	...	...	...
<b>ARBEITSMARKT</b>														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 6,9	- 6,0	- 6,9	- 4,4	- 2,0	- 1,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 4,3	+ 6,6	+ 8,2
	Bund	- 7,6	- 3,0	+ 0,1	- 0,3	+ 2,1	+ 5,8	+ 6,3	+ 7,7	+ 7,9	+ 8,9	+ 10,8	+ 14,5	+ 16,5
offene Stellen	Land	+ 7,4	+ 29,9	+ 28,5	+ 33,9	+ 26,8	+ 23,3	+ 23,9	+ 4,0	+ 8,6	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,1	- 7,5
	Bund	+ 5,7	+ 1,7	+ 3,3	+ 7,5	+ 4,7	+ 2,3	0,0	- 2,2	- 3,3	- 4,1	- 6,8	- 9,9	- 13,5
Kurzarbeiter	Land	+ 47,3	+ 162,7	+ 40,1	+ 64,0	+ 82,7	+ 83,5	+ 48,4	+ 47,3	+ 43,9	+ 58,2	+ 88,9	+ 218,3	+ 247,5
	Bund	+ 159,7	+ 243,5	+ 132,0	+ 89,8	+ 91,4	+ 70,4	+ 121,6	+ 40,9	+ 8,4	- 1,3	+ 54,2	+ 88,7	+ 134,3
<b>AUSSENHANDEL</b>														
Ausfuhr	Land	+ 5,8	+ 67,7	+ 1,9	+ 2,8	+ 9,7	+ 22,0	- 6,8	- 4,0	+ 8,3	+ 8,1	- 9,5	...	...
	Bund	+ 0,9	+ 10,9	- 2,6	+ 5,0	+ 12,2	+ 11,6	- 4,3	- 3,8	+ 2,3	- 4,7	+ 5,1	...	...

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1  
2) Auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse  
3) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten  
4) Nur Errichtung neuer Gebäude  
5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)  
p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

# Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1)</sup>					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1987 <sup>a</sup>	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup>						
	Schülerinnen/Schüler im September in				von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1985		Je Erwerbs- tätigen Bund = 100		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %		Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	70 998	2,3	67 604	0,0	95
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	75 051	5,7	70 129	3,7	95
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 080	2,7	69 744	- 0,6	92
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	84 250	9,3	73 612	5,5	93
1991	134	11	48	62	4	.	.	.	.	91 438	8,5	76 102	3,4	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtungen <sup>5)</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>4)</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
insgesamt	darunter Milchkühe <sup>3)</sup>										
in 1 000											
1987	1 497	480	1 632	.	563	2 558	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	520	2 538	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473	458	1 387	.	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>6)</sup>										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom <sup>7)</sup>
in 1 000												
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 804	10 097	174	1 250	560	399	44

1) Ergebnisse der IZ-Mikrozensusserhebungen

2) ab 1989 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987



Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>3)</sup>				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	von Auslands-gästen
1987	7	7	29	1 125 <sup>a</sup>	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	23	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	12	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	10	1 158	12 650 <sup>b</sup>	6 882 <sup>b</sup>	1 710 <sup>b</sup>	10 680 <sup>b</sup>	4 037	550	20 730	1 064

Jahr	Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen <sup>6)</sup> am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge	
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw <sup>5)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt		Empfänger in 1 000		Aufwand in Mill. DM
									Hilfe zum Lebensunterhalt				
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM			
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7	
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8	
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1	
1991	1 490	54	1 279	60	16 483 <sup>b</sup>	351 <sup>b</sup>	21 393 <sup>b</sup>	19 669	...	...	...	...	

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-märkt-mittel
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise <sup>8)</sup>		für Wohn-gebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100		Industriearbeiter <sup>9)</sup>		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	Nahrungs-mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt <sup>10)</sup>		
								kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852
1991	103,4	94,0	124,3	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr  
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände  
8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind  
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen  
b) vorläufige Ergebnisse

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1991			1992				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 636	2 643	2 645	2 647	...	...	...	...	
<b>NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG</b>											
Eheschließungen	Anzahl	1 544	1 522	1 839	1 368	1 061	...	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,1	6,9	8,5	6,1	4,9	...	...	...	...	
Lebendgeborene	Anzahl	2 421	2 411	2 495	2 344	2 232	...	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,1	11,0	11,5	10,4	10,3	...	...	...	...	
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 622	2 600	2 468	2 642	2 575	...	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,0	11,8	11,4	11,8	11,8	...	...	...	...	
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	18	17	20	19	...	...	...	...	
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	7,5	6,8	8,5	8,5	...	...	...	...	
Überschub der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 201	- 189	+ 27	- 298	- 343	...	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,9	- 0,9	+ 0,1	- 1,3	- 1,6	...	...	...	...	
<b>WANDERUNGEN</b>											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	12 773	11 069	11 888	11 519	10 735	...	...	...	...	
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 945	9 013	8 638	9 651	8 519	...	...	...	...	
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 828	+ 2 056	+ 3 277	+ 1 868	+ 2 216	...	...	...	...	
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 400	9 087	9 387	9 347	9 370	...	...	...	...	
Wanderungsfälle	Anzahl	32 118	29 169	29 913	30 517	28 624	...	...	...	...	
<b>ARBEITSLAGE</b>											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	94	81	73	74	77	78	76	79	83	
darunter Männer	1 000	52	45	41	41	42	44	43	44	46	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,5	5,2	3,3	3,6	4,2	3,9	6,2	11,6	14,6	
darunter Männer	1 000	3,4	4,5	2,7	3,0	3,5	3,2	4,9	9,3	12,0	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	9,3	11,0	11,2	10,4	10,2	12,0	11,4	10,5	9,4	
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>											
<b>VIEHBESTAND</b>											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 525 <sup>a</sup>	1 473 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.	
darunter Milchkühe				.	.	.	.	.	.	.	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	472 <sup>a</sup>	459 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.	
Schweine	1 000	1 445 <sup>a</sup>	1 387 <sup>a</sup>	.	.	.	1 442	.	.	.	
darunter Zuchtsauen	1 000	144 <sup>a</sup>	138	.	.	.	139	.	.	.	
darunter trächtig	1 000	99 <sup>a</sup>	96 <sup>a</sup>	.	.	.	96	.	.	.	
<b>SCHLACHTUNGEN<sup>2)</sup></b>											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	49	61	72	77	63	47	50	60	50	
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Schweine	1 000 St.	200	180	167	166	165	154	160	165	162	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	2	1	0	1	2	
<b>SCHLACHTMENGEN<sup>3)</sup> AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN<sup>2)</sup></b>											
(ohne Geflügel)	1 000 t	33,1	34,5	36,8	38,5	33,4	28,7	30,3	33,9	29,9	
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	15,2	18,3	21,7	23,4	18,6	14,6	15,6	18,7	15,1	
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	17,5	15,8	14,6	14,7	14,4	13,7	14,3	14,8	14,5	
<b>DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für<sup>2)</sup></b>											
Rinder (ohne Kälber)	kg	310	300	303	305	298	311	314	316	307	
Kälber	kg	125	122	127	128	131	127	127	127	126	
Schweine	kg	88	88	88	89	89	89	90	90	90	
<b>GEFLÜGEL</b>											
Eingelegte Bruteier <sup>4)</sup>	1 000	96	95	.	.	.	.	.	.	.	
für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Geflügelfleisch <sup>5)</sup>	1 000 kg	63	49	.	.	.	.	.	.	.	
<b>MILCHERZEUGUNG</b>											
	1 000 t	194	194	187	191	180	191	191	197	185	
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	93	93	95	93	93	94	94	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,4	13,7	13,4	13,3	12,9	13,5	13,9	13,9	13,5	

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990		1991			1992				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>											
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	177	182	184	183	183	182	181	180	179	
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	119	122	123	123	123	120	119	118	117	
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 205	16 492	16 970	17 391	17 068	15 854	16 699	16 576	15 884	
Lohnsumme	Mill. DM	397,6	429,0	413,7	433,7	551,3	434,5	430,0	432,7	567,2	
Gehaltssumme	Mill. DM	295,8	326,6	312,7	307,7	432,5	336,4	338,4	334,6	470,6	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 227	2 290	2 344	2 319	2 267	2 405	2 436	2 185	2 401	
aus dem Inland	Mill. DM	1 501	1 650	1 778	1 721	1 643	1 687	1 854	1 621	1 504	
aus dem Ausland	Mill. DM	726	640	567	597	624	718	582	564	897	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 797	4 150	4 333	4 173	4 405	3 911	4 259	r 4 759	4 140	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 949	3 309	3 439	3 387	3 432	3 095	3 458	r 3 520	3 271	
Auslandsumsatz	Mill. DM	849	841	894	786	973	816	802	r 1 239	870	
Kohleverbrauch <sup>2)</sup>	1 000 t SKE	14	15	.	.	.	.	.	.	.	
Gasverbrauch <sup>3)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	46,0	38,9	.	.	.	.	.	.	.	
Stadt- und Kokereigas	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Erd- und Erdölgas	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Heizölverbrauch <sup>4)</sup>	1 000 t	71	74	.	.	.	.	.	.	.	
leichtes Heizöl	1 000 t	7	8	.	.	.	.	.	.	.	
schweres Heizöl	1 000 t	65	66	.	.	.	.	.	.	.	
Stromverbrauch <sup>5)</sup>	Mill. kWh	297	304	294	324	321	300	322	335	318	
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	33	27	38	43	31	29	40	42	
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe <sup>6)</sup>	1985 = 100	122,9	129,2	129,2	137,4	135,6	125,2	...	...	...	
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>7)</sup></b>											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 773	43 456	44 602	44 564	44 525	45 263	45 282	44 986	44 804	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 608	4 676	5 338	5 548	4 923	5 073	5 554	5 429	4 581	
darunter für	1 000										
Wohnungsbauten	1 000	1 782	1 872	2 089	2 184	2 005	2 045	2 245	2 210	1 878	
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 213	1 277	1 455	1 458	1 319	1 379	1 487	1 458	1 236	
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 484	1 438	1 685	1 790	1 504	1 576	1 705	1 675	1 379	
Lohnsumme	Mill. DM	110,9	122,8	126,3	138,6	186,8	132,7	138,9	136,2	205,5	
Gehaltssumme	Mill. DM	21,8	24,5	22,6	24,2	39,4	27,8	26,5	27,6	47,3	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	462,1	500,4	591,5	598,0	602,6	548,6	618,6	602,0	674,5	
Auftragseingang <sup>8)</sup>	Mill. DM	282,2	288,4	339,0	287,3	256,9	318,4	394,2	296,8	313,9	
<b>AUSBAUGEWERBE<sup>9)</sup></b>											
Beschäftigte	Anzahl	8 284	8 940	9 026	9 579	9 591	9 569	9 641	9 933	9 845	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	978	1 049	1 063	1 214	1 140	1 079	1 175	1 204	1 142	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	25,3	28,6	27,7	31,3	36,9	31,0	32,2	33,2	40,0	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	75,2	91,9	100,9	107,6	110,8	93,4	106,2	116,6	132,7	
<b>ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG</b>											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 263	2 110	1 585	1 931	1 919	1 846	2 172	1 916	...	
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	973	1 000	862	1 038	1 082	986	929	1 068	...	
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
<b>HANDWERK</b>											
HANDWERK (Meßzahlen) <sup>9)</sup>											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	104,8	109,0	111,0	.	.	.	113,6	.	.	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	185,4	212,9	221,7	.	.	.	234,7	.	.	

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1  
 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m<sup>3</sup> Gas (H<sub>0</sub> = 35,169 MJ/m<sup>3</sup>) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse 8) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1991			1992				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>											
<b>BAUGENEHMIGUNGEN</b>											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	509	484	508	616	524	701	592	633	546	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	414	386	425	517	430	563	455	466	389	
2 Wohnungen	Anzahl	53	52	38	44	47	77	75	97	74	
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	482	469	471	588	448	666	588	596	577	
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	87	86	85	109	83	118	110	110	104	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	123	107	102	113	99	122	105	109	95	
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	602	564	564	596	688	659	394	866	521	
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	97	92	86	101	106	102	69	139	80	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 148	1 173	1 086	1 446	1 108	1 633	1 461	1 566	1 460	
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>											
<b>AUSFUHR</b>											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	997,1	1 054,7	1 042,1	1 091,1	941,0	1 141,3	942,6	...	...	
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	145,4	164,0	165,4	186,7	167,2	199,7	128,9	...	...	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	851,7	890,7	876,7	904,4	773,8	941,6	813,8	...	...	
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	14,7	15,5	15,0	18,6	14,9	17,6	13,4	...	...	
Halbwaren	Mill. DM	62,0	55,8	48,1	53,1	61,5	38,0	57,4	...	...	
Fertigwaren	Mill. DM	775,0	819,3	813,6	832,7	697,4	866,0	743,0	...	...	
davon											
Vorzeugnisse	Mill. DM	122,1	114,0	109,8	136,3	117,0	89,7	99,6	...	...	
Enderzeugnisse	Mill. DM	652,9	705,3	703,9	696,4	580,5	796,3	643,3	...	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	509,2	573,5	499,5	573,4	531,9	492,0	480,3	...	...	
darunter Niederlande	Mill. DM	102,2	106,5	96,9	123,3	111,8	88,1	103,1	...	...	
Dänemark	Mill. DM	77,6	85,1	87,4	80,2	82,3	94,0	84,6	...	...	
Frankreich	Mill. DM	90,2	85,1	75,5	90,4	94,1	72,8	73,8	...	...	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	75,7	73,8	71,5	78,1	78,2	80,7	74,5	...	...	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	130,3	139,8	128,1	141,3	147,2	136,6	137,2	147,9	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	117,7	122,4	142,7	121,5	97,1	181,7	147,6	123,1	...	
<b>FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)</b>											
Ankünfte	1 000	317	336	432	368	227	p 536	p 446	p 378	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	40	46	47	47	46	p 57	p 42	p 41	...	
Übernachtungen	1 000	1 616	1 728	2 358	1 706	751	p 3 668	p 2 569	p 1 820	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	73	89	86	99	93	p 104	p 87	p 90	...	
<b>VERKEHR</b>											
<b>SEESCHIFFFAHRT<sup>1)</sup></b>											
Güterempfang	1 000 t	1 648	...	...	...	...	...	...	...	...	
Güterversand	1 000 t	919	...	...	...	...	...	...	...	...	
<b>BINNENSCHIFFFAHRT</b>											
Güterempfang	1 000 t	138	137	146	145	158	130	134	p 172	...	
Güterversand	1 000 t	165	158	143	150	163	139	130	p 146	...	
<b>ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE<sup>2)</sup></b>											
darunter Krafträder	Anzahl	11 254	12 596	8 429	10 619	10 156	8 235	9 697	...	...	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	294	379	201	135	73	379	229	...	...	
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	10 060	11 169	7 350	9 562	9 176	7 170	8 719	...	...	
570	Anzahl	570	706	639	661	678	503	540	...	...	
<b>STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE</b>											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 444	r 1 387	1 659	1 300	1 430	1 691	r 1 386	p 1 323	p 1 371	
Getötete Personen	Anzahl	30	r 29	34	20	31	33	r 26	p 27	p 37	
Verletzte Personen	Anzahl	1 881	r 1 803	2 196	1 653	1 836	2 157	r 1 808	p 1 692	p 1 763	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1990	1991	1991			1992				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>GELD UND KREDIT</b>											
<b>INSOLVENZEN</b>											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	47	45	45	37	29	59	49	49	46	
Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0	2	-	-	-	-	-	-	
<b>KREDITE UND EINLAGEN<sup>1)</sup></b>											
		4-Monats- durchschnitt <sup>3)</sup>									
Kredite <sup>2)</sup> an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	81 692	87 934	89 000	89 664	90 614	-	95 611	-	-	
darunter											
Kredite 2) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	80 154	86 397	87 489	88 175	89 159	-	94 064	-	-	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	10 533	11 469	11 550	11 530	11 705	-	12 501	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 266	11 243	11 336	11 311	11 444	-	12 123	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	266	226	213	219	261	-	378	-	-	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 353	5 089	5 270	5 339	5 429	-	6 137	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 698	4 109	4 234	4 291	4 303	-	5 101	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	655	981	1 036	1 048	1 125	-	1 036	-	-	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	65 269	69 839	70 670	71 306	72 026	-	75 426	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 883	51 174	51 400	51 944	52 370	-	55 327	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 385	18 665	19 270	19 362	19 656	-	20 099	-	-	
Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>2)</sup> von Nichtbanken	Mill. DM	61 863	63 561	63 502	64 036	65 325	-	68 813	-	-	
Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	42 652	44 313	44 518	45 052	46 349	-	49 632	-	-	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	34 571	38 923	39 238	39 616	40 762	-	43 973	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	8 081	5 390	5 280	5 436	5 587	-	5 659	-	-	
Spareinlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 211	19 249	18 984	18 984	18 977	-	19 181	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	18 876	18 946	18 690	18 699	18 703	-	18 916	-	-	
	Mill. DM	335	302	294	285	273	-	265	-	-	
<b>STEUERN</b>											
		Vierteljahres- durchschnitt			3.Vj.91			3.Vj.92			
<b>STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART</b>											
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 955	3 454	3 510	-	-	-	4 025	-	-	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 048	2 371	2 442	-	-	-	2 795	-	-	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 491	1 732	1 737	-	-	-	2 026	-	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	376	358	356	-	-	-	405	-	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	55	78	126	-	-	-	72	-	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	125	204	223	-	-	-	292	-	-	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	907	1 083	1 068	-	-	-	1 230	-	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	608	722	712	-	-	-	871	-	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	300	361	356	-	-	-	358	-	-	
Bundessteuern	Mill. DM	55	54	53	-	-	-	47	-	-	
Zölle	Mill. DM	0	0	-	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	34	31	35	-	-	-	29	-	-	
Landessteuern	Mill. DM	214	236	223	-	-	-	270	-	-	
Vermögensteuer	Mill. DM	37	47	42	-	-	-	43	-	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90	92	79	-	-	-	128	-	-	
Biersteuer	Mill. DM	8	10	12	-	-	-	9	-	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	340	371	401	-	-	-	...	-	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	8	-	-	-	...	-	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	77	82	101	-	-	-	...	-	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	241	266	274	-	-	-	...	-	-	
<b>STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN</b>											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 524	1 738	1 765	-	-	-	2 007	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	859	959	997	-	-	-	1 136	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	590	704	694	-	-	-	799	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	21	21	-	-	-	25	-	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 794	1 921	1 957	-	-	-	2 180	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	928	1 120	1 152	-	-	-	1 312	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	632	542	559	-	-	-	568	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	22	23	-	-	-	30	-	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	608	690	677	-	-	-	...	-	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>5)</sup>	Mill. DM	202	223	230	-	-	-	...	-	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	313	349	320	-	-	-	...	-	-	

Fußnoten nächste Seite

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1990	1991	1991			1992				
			Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>PREISE</b>										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET* 1985 = 100										
Einfuhrpreise <sup>6)</sup>	82,5	82,8	82,7	82,9	82,4	79,0	78,8	...	...	
Ausfuhrpreise <sup>6)</sup>	102,2	103,5	103,8	103,7	103,6	104,6	104,5	...	...	
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes 6)	91,4	91,0	91,1	91,2	90,8	89,7	89,4	...	...	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>6)</sup>	101,0	103,4	104,3	104,4	104,3	105,1	105,1	104,9	...	
landwirtschaftlicher Produkte <sup>6)</sup>	94,7	94,1	96,0	95,2	97,3	92,1	90,9	...	...	
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	116,4	124,3	.	.	126,5	132,7	.	.	...	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	95,7	98,3	99,2	99,0	99,6	100,3	99,4	...	...	
Einzelhandelspreise	104,4	107,1	107,4	107,7	108,3	109,9	109,9	110,1	110,4	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	107,0	110,7	111,7	112,0	112,5	115,4	115,7	116,1	116,7	
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	105,6	108,6	108,6	108,7	109,7	112,0	111,7	111,6	111,9	
Bekleidung, Schuhe	107,5	110,1	110,7	111,0	111,5	113,5	113,9	114,2	114,5	
Wohnungsmieten	112,5	117,3	118,5	118,9	119,3	124,6	125,2	125,9	126,7	
Energie (ohne Kraftstoffe)	85,5	89,4	89,7	90,9	91,0	89,7	89,7	90,1	90,2	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	107,3	110,5	111,3	111,5	112,2	114,9	115,1	115,4	115,7	
<b>LÖHNE UND GEHÄLTER</b>										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	821	866	.	887	.	.	.	...	.	
darunter Facharbeiter	860	907	.	929	.	.	.	...	.	
weibliche Arbeiter	572	605	.	615	.	.	.	...	.	
darunter Hilfsarbeiter	545	578	.	589	.	.	.	...	.	
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	20,47	21,82	.	22,27	.	.	.	...	.	
darunter Facharbeiter	21,57	22,98	.	23,44	.	.	.	...	.	
weibliche Arbeiter	14,65	15,64	.	15,97	.	.	.	...	.	
darunter Hilfsarbeiter	13,86	14,88	.	15,20	.	.	.	...	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,0	39,7	.	39,8	.	.	.	...	.	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,0	38,7	.	38,5	.	.	.	...	.	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 960	5 254	.	5 341	.	.	.	...	.	
weiblich	3 433	3 672	.	3 761	.	.	.	...	.	
Technische Angestellte										
männlich	5 066	5 393	.	5 516	.	.	.	...	.	
weiblich	3 382	3 629	.	3 725	.	.	.	...	.	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 990	4 190	.	4 257	.	.	.	...	.	
weiblich	2 754	2 967	.	3 032	.	.	.	...	.	
Technische Angestellte										
männlich	3 753	4 198	.	4 362	.	.	.	...	.	
weiblich	(2 700)	(2 629)	.	(2 593)	.	.	.	...	.	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 297	4 539	.	4 614	.	.	.	...	.	
weiblich	2 953	3 192	.	3 268	.	.	.	...	.	
Technische Angestellte										
männlich	4 972	5 323	.	5 450	.	.	.	...	.	
weiblich	3 371	3 612	.	3 703	.	.	.	...	.	

1) Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken 2) einschließlich durchlaufender Kredite 3) Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: \*) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 5. 1992			Bevölkerungsveränderung im Mai 1992			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1992 (vorläufige Zahlen)		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2)</sup>	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLENSBURG	87 350	+ 0,0	+ 0,4	- 16	54	38	35	-	41
KIEL	248 245	+ 0,2	+ 0,8	- 36	611	575	140	1	177
LÜBECK	216 360	+ 0,2	+ 0,6	- 5	407	402	101	1	119
NEUMÜNSTER	81 338	+ 0,0	+ 0,6	- 1	32	31	53	1	58
Dithmarschen	130 559	+ 0,1	+ 0,6	- 25	144	119	75	1	101
Hzgt. Lauenburg	162 807	+ 0,1	+ 1,5	- 10	163	153	73	5	85
Nordfriesland	154 428	+ 0,1	+ 0,8	- 22	242	220	77	4	106
Ostholstein	191 920	+ 0,0	+ 1,0	- 45	108	63	88	3	118
Pinneberg	273 621	+ 0,1	+ 1,3	8	345	353	122	2	158
Plön	122 267	+ 0,3	+ 0,3	- 16	374	358	65	3	82
Rendsburg-Eckernförde	249 820	+ 0,1	+ 0,9	- 2	228	226	131	2	169
Schleswig-Flensburg	181 828	- 0,0	+ 0,7	3	- 4	- 1	95	2	136
Segeberg	225 263	+ 0,1	+ 1,4	22	260	282	123	5	157
Steinburg	129 340	- 0,0	+ 0,9	21	- 59	- 38	71	3	96
Stormarn	201 343	+ 0,0	+ 1,1	13	130	143	122	4	160
Schleswig-Holstein	2 656 489	+ 0,1	+ 0,9	- 111	3 035	2 924	1 371	37	1 763

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>			Kraftfahrzeugbestand <sup>5)</sup> am 1. 7. 1992		
	Betriebe am 30. 11. 1992	Beschäftigte am 30. 11. 1992	Umsatz <sup>4)</sup> im November 1992 Mill. DM	insgesamt	Pkw <sup>6)</sup>	
					Anzahl	Je 1 000 Einwohner 7)
FLENSBURG	73	9 435	236	41 944	37 225	426
KIEL	135	21 389	460	115 747	102 914	415
LÜBECK	143	20 307	395	102 184	90 786	420
NEUMÜNSTER	73	9 905	134	42 666	37 705	464
Dithmarschen	69	7 333	339	79 826	65 229	500
Hzgt. Lauenburg	110	8 756	155	96 994	83 837	515
Nordfriesland	56	3 359	91	95 928	78 617	509
Ostholstein	88	6 874	156	109 374	93 932	489
Pinneberg	202	21 415	487	157 544	137 074	501
Plön	46	3 182	66	69 899	59 283	485
Rendsburg-Eckernförde	137	9 956	199	149 727	125 929	504
Schleswig-Flensburg	80	5 450	152	112 095	91 623	504
Segeberg	202	20 612	505	149 655	127 994	568
Steinburg	86	9 630	239	78 377	64 978	502
Stormarn	181	21 249	525	125 768	110 245	548
Schleswig-Holstein	1 681	178 852	4 140	1 527 728	1 307 371	492

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 5. 1992 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen  
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 31. 5. 1992

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

# Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt				Verarbeitendes Gewerbe <sup>2)</sup>			
	Einwohner am 31. 12. 1991		Arbeitslose Ende November 1992		Kurz- arbeiter Mitte November 1992	offene Stellen Ende November 1992	Beschäftigte am 30. 9. 1992		Umsatz <sup>3)</sup>	
	in 1 000	Ver- änderung 1)	in 1 000	Ver- änderung 1)			Arbeits- losen- quote	in 1 000	Mill. DM	Export- quote 4)
					%	%				
Baden-Württemberg	10 001,8	+ 1,8	214,5	34,9	4,9	107,0	46,6	1 504	31 494	28
Bayern	11 596,0	+ 1,3	251,4	24,8	5,0	100,4	61,0	1 438	31 025	31
Berlin	3 446,0	+ 0,4	...	...	...	...	...	214	5 760	12
Brandenburg	2 542,7	- 1,4	172,9	8,9	14,0	36,3	4,4	151	1 331	9
Bremen	683,7	+ 0,3	32,0	9,9	10,9	3,0	3,8	82	2 447	41
Hamburg	1 668,8	+ 1,0	55,6	2,4	7,6	4,2	5,6	135	8 953	12
Hessen	5 837,3	+ 1,3	143,4	21,0	5,7	26,7	21,5	645	14 157	28
Mecklenburg-Vorpommern	1 891,7	- 1,7	151,2	8,0	15,5	15,7	3,0	57	637	16
Niedersachsen	7 475,8	+ 1,1	254,4	10,5	8,2	41,2	23,4	675	18 039	29
Nordrhein-Westfalen	17 509,9	+ 0,9	602,7	11,8	8,3	138,3	58,1	1 983	47 211	26
Rheinland-Pfalz	3 821,2	+ 1,5	93,6	20,6	6,0	21,4	15,0	305	9 003	33
Saarland	1 076,9	+ 0,4	39,4	14,6	9,2	13,1	3,9	134	3 001	32
Sachsen	4 678,9	- 1,8	293,9	6,4	12,7	80,7	10,1	290	2 482	9
Sachsen-Anhalt	2 823,3	- 1,8	204,7	5,2	14,4	50,6	6,3	193	2 493	32
Schleswig-Holstein	2 648,5	+ 0,9	83,3	8,2	7,5	14,6	9,4	181	4 259	19
Thüringen	2 572,1	- 1,5	177,0	8,6	14,1	46,0	4,6	143	1 180	11
Bundesrepublik Deutschland	80 274,6	+ 0,7	...	...	...	...	...	8 210	183 472	27
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	64 484,8	+ 1,2	1 884,6	16,5	6,9	477,8	258,7	7 328	174 924	27
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 789,8	- 1,5	1 086,5	5,4	13,8	236,6	31,7	882	8 549	16

Bundesland	Bauhauptgewerbe		Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr <sup>5)</sup> im August 1992		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup> im September 1992					
	Beschäftigte am 31. 8. 1992	baugewerblicher Umsatz <sup>3)</sup> im August 1992	Zahl der genehmigten Wohnungen im August 1992	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte			
						Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)		
	in 1 000	Mill. DM	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Anzahl	Je 100 Unfälle			
		%		%	%						
Baden-Württemberg	181	2 431	+ 11,6	8 193	1 148 178	4 533 346	- 2,5	3 982	- 7,9	5 363	135
Bayern	249	3 354	+ 12,4	9 963	2 031 046	9 436 085	- 2,5	5 274	- 10,6	7 340	139
Berlin	62	901	...	...	279 325	679 226	- 8,7	1 621	+ 6,4	1 910	118
Brandenburg	50	394	...	...	123 559	415 843	- 4,9	1 203	+ 4,6	1 611	134
Bremen	11	170	+ 5,0	165	48 532	92 754	- 9,5	344	+ 4,2	412	120
Hamburg	22	463	+ 23,1	460	198 234	370 421	- 5,2	830	- 12,4	1 043	126
Hessen	92	1 378	+ 8,7	3 317	784 284	2 884 497	- 2,0	2 648	- 5,5	3 639	137
Mecklenburg-Vorpommern	38	336	...	...	291 266	1 170 800	+ 48,0	780	+ 0,8	1 036	133
Niedersachsen	120	1 930	+ 19,4	5 645	935 337	4 198 243	- 1,7	3 697	+ 0,0	5 191	140
Nordrhein-Westfalen	240	3 123	+ 5,4	7 747	908 521	3 277 403	- 0,3	6 704	- 5,6	8 549	128
Rheinland-Pfalz	61	779	+ 0,9	2 331	546 212	2 100 584	- 7,2	1 705	- 5,9	2 240	131
Saarland	17	210	- 6,0	513	41 852	165 794	- 0,1	444	- 3,5	605	136
Sachsen	78	710	...	...	...	...	...	1 660	+ 11,7	2 147	129
Sachsen-Anhalt	61	546	...	...	...	...	...	1 220	+ 4,6	1 609	132
Schleswig-Holstein	44	545	- 0,3	1 633	533 676	3 648 472	+ 2,4	1 386	- 16,5	1 834	132
Thüringen	50	432	...	...	153 996	505 503	+ 15,8	917	- 4,1	1 248	136
Bundesrepublik Deutschland	1 377	17 701	...	...	...	...	...	34 757	- 5,9	46 214	133
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 079	15 040	+ 10,4	40 814	7 404 346	31 254 007	- 2,0	28 447	- 7,5	37 933	133
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	298	2 661	...	...	...	...	...	6 310	+ 2,4	8 281	131

1) gegenüber Vorjahresmonat 2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 3) ohne Umsatzsteuer 4) Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen



## **Erläuterungen**

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

## **Zeichenerklärung**

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- ( ) = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

**Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein**  
Bibliothek  
Standort Kiel